

# Sitzungsbericht

## 46. Sitzung der Tagung 2006/07 der XVI. Gesetzgebungsperiode des Landtages von Niederösterreich

Donnerstag, den 24. Mai 2007

---

### Inhalt:

1. Eröffnung durch Präsident Mag. Freibauer (Seite 516).
2. Mitteilung des Einlaufes (Seite 526).
3. Ltg. 880/A-8/20: Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger, MMag. Dr. Petrovic, Waldhäusl, Mag. Ram und Hiller gem. § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 24.5.2007 zum Thema „10 Jahre NÖ Landtag in St. Pölten“.  
**Redner:** Abg. Mag. Schneeberger (Seite 517), Abg. Mag. Ram (Seite 517), Abg. Waldhäusl (Seite 518), Abg. MMag. Dr. Petrovic (Seite 520), Abg. Mag. Stiwicsek (Seite 521), Abg. Mag. Schneeberger (Seite 523).
4. Ltg. 870/S-10: Antrag des Sozial-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz 2007 (NÖ SBBG 2007).  
**Berichterstatter:** Abg. Ebner (Seite 528).  
**Redner:** Abg. Waldhäusl (Seite 528), Abg. Dr. Krismer-Huber mit Resolutionsantrag betreffend Stärkung des Images von Sozialbetreuungsberufen durch Aufnahme in den Dienstpostenplan und Erhöhung des Gehalts (Seite 528), Abg. Vladyka (Seite 530), Abg. Doppler mit Resolutionsantrag betreffend Einsatz und Besoldung von FachsozialbetreuerInnen und DiplomsozialbetreuerInnen für Altdienste (Seite 533).  
**Abstimmung** (Seite 534).  
*(Ltg. 870/S-10 mehrheitlich angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, Grüne, Abg. Mag. Ram, Ablehnung FPÖ; Resolutionsantrag Abg. Dr. Krismer-Huber abgelehnt: Zustimmung Grüne, Ablehnung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Mag. Ram; Resolutionsantrag Abg. Doppler mehrheitlich angenommen: Zustimmung ÖVP, SPÖ, FPÖ, Abg. Mag. Ram, Ablehnung Grüne.)*
5. Ltg. 855/A-1/78: Antrag des Schul-Ausschusses zum Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Dworak u.a. betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes.  
**Berichterstatter:** Abg. Dipl.Ing. Eigner (Seite 535).  
**Redner:** Abg. Mag. Ram (Seite 535), Abg. Waldhäusl (Seite 535), Abg. Weiderbauer mit Resolutionsantrag betreffend Freier Zugang zum tertiären Bildungsbereich für MeisterInnen (Seite 535), Abg. Dworak (Seite 538), Abg. Adensamer mit Resolutionsantrag betreffend Klassenschülerhöchstzahl an Sonderschulen (Seite 539).  
**Abstimmung** (Seite 541).  
*(Ltg. 855/A-1/78: einstimmig angenommen; Resolutionsanträge Abg. Weiderbauer und Abg. Doppler einstimmig angenommen.)*
6. Ltg. 869/S-5/40: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der Landesregierung betreffend Universitäts- und Forschungszentrum Tulln.  
**Berichterstatter:** Abg. Dr. Prober (Seite 542).  
**Redner:** Abg. Cerwenka (Seite 542), Abg. Mag. Riedl (Seite 543).  
**Abstimmung** (Seite 543).  
*(einstimmig angenommen.)*
7. Ltg. 878/H-11/28: Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses zur Vorlage der

Landesregierung betreffend Landeskrankenhaus Mostviertel Scheibbs, Sanierung – Behandlungstrakt, Zu- und Umbau, Projekterweiterung.

**Berichterstatter:** Abg. Ing. Gratzner (Seite 543).

**Redner:** Abg. Dr. Krismer-Huber mit Resolutionsantrag betreffend Absage einer Privati-

sierung der Landeskliniken-Holding via Trojanisches Pferd durch die Übernahme des Steinfeldkrankenhauses mit 1.1.2008 (Seite 544), Abg. Mag. Heuras (Seite 546), Abg. Mag. Fasan (Seite 546).

**Abstimmung** (Seite 546).

(*Ltg. 878/H-11/28: einstimmig angenommen.*)

\* \* \*

**Präsident Mag. Freibauer** (*um 13.00 Uhr*): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung. Von der heutigen Sitzung haben sich entschuldigt die Abgeordneten Erber, Friewald, Hintner, Kernstock, Thumpser und Frau Landesrätin Mag. Mikl-Leitner. Die Beschlussfähigkeit ist hiermit gegeben. Das Protokoll der letzten Sitzung ist geschäftsordnungsmäßig aufgelegt. Es ist unbeanstandet geblieben und demnach als genehmigt zu betrachten.

(*Präsident Mag. Freibauer erhebt sich.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Hohen Landtages! Verehrte Regierungsmitglieder! Und vor allem liebe Ehrengäste! Am 21. Mai 1997, also vor zehn Jahren, ist der NÖ Landtag zum ersten Mal in diesem Saal in St. Pölten zu einer Landtagssitzung zusammen getreten. Aus diesem Anlass haben sich die Mitglieder des NÖ Landtages dazu verstanden, die heutige Sitzung angesichts der noch kommenden Termine auf die dringlichsten Vorlagen zu beschränken und die Sitzung mit einer aktuellen Stunde einzuleiten, die Gelegenheit geben soll, diesem Ereignis vor 10 Jahren zu gedenken.

Ich möchte mich daher zu Beginn der Sitzung ebenfalls nur auf einige wenige Worte beschränken und zunächst jene Damen und Herren begrüßen die meiner Einladung gefolgt sind um als Verantwortungsträger des Jahres 1997 der heutigen Sitzung des Landtages als Zuhörer beizuwohnen. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Ich begrüße den Zweiten Präsidenten des Jahres 1997, Herrn Präs. Anton Koczur recht herzlich! (*Beifall im Hohen Hause.*) Den Dritten Präsidenten Leo Eichinger (*Beifall im Hohen Hause.*) Die Landesräte Blochberger und Schimanek – herzlich willkommen! (*Beifall im Hohen Hause.*) Und die Abgeordneten Eduard Keusch, Barbara Rosenkranz, Christian Hrubesch und Michael Mautner-Markhof – herzlich willkommen! (*Beifall im Hohen Hause.*) Unser Gruß gilt auch dem Herrn Landtagsdirektor a.D. Dr. Krause. (*Beifall im Hohen Hause.*)

Selbstverständlich haben wir nicht nur Verantwortungsträger des Jahres 1997 die als Zuhörer und als Ehrengäste da sind, sondern auch in unserer Mitte sind noch viele Damen und Herren Abgeordnete die im Jahr 1997 bereits Abgeordnete waren. Es sind 16 Damen und Herren, die ich alle – jeder weiß, wer es ist – herzlich begrüße. Die Abgeordneten Nowohradsky, Hiller, Hofmayer, Dr. Michalitsch, Dr. Prober, Sacher, Dipl.Ing. Toms, Vladyka, Jahrmann, Friewald, Ing. Hofbauer, Lembacher, Moser, Mag. Schneeberger, Weninger und Cerwenka. Und es sind natürlich auch andere Funktionsträger noch im Amt oder in anderen Ämtern. Unser Herr Landeshauptmann war damals Landeshauptmann und ist es heute. Herr Landesrat Gabmann, damals Landesrat, heute Landeshauptmannstellvertreter, ich war damals Landesrat und bin jetzt Präsident.

Nun möchte ich meine kleine Eröffnungssprache hier fortsetzen: Der NÖ Landtag hat in diesen ersten zehn Jahren, in denen er in der eigenen Landeshauptstadt St. Pölten tagt, eine durchaus erfreuliche Entwicklung genommen. Dies lässt sich objektiv feststellen. Das Zeugnis der demokratischen Politik ist in erster Linie die Entscheidung der Wählerinnen und Wähler. Und dann aber auch die wissenschaftliche Erforschung der Meinung der Bürgerinnen und Bürger. Und mit diesem Zeugnis der Bürgerinnen und Bürger können wir durchaus zufrieden sein. Erst vor wenigen Tagen wurde uns eine sozialwissenschaftliche Untersuchung präsentiert, die sich mit der Meinung der Menschen zur Bedeutung bestimmter öffentlicher Einrichtungen zwischen dem letzten Jahrzehnt des vergangenen und dem ersten Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts beschäftigt.

Auf die Frage, wer in Zukunft mehr Einfluss auf die Politik haben soll, sind die Zustimmungsraten für den Bundespräsidenten, die Bundesregierung und die politischen Parteien gleich geblieben während jedoch der Wunsch nach mehr Einfluss des Bundesparlaments von 20 Prozent auf 16 Prozent zurück ging. Auf der anderen Seite ist der Wunsch

nach mehr Einfluss der Bundesländer angestiegen von 34 Prozent auf 37 Prozent und liegt damit überhaupt an der ersten Stelle bei der Beantwortung dieser Frage, wer soll in Zukunft mehr Einfluss auf die Politik haben.

Das zeigt, dass die Zustimmung zum Land und seinen demokratischen Einrichtungen in den letzten 10 Jahren zugenommen hat. Wir müssen die positive Einstellung erhalten und besonders bei der Jugend fördern.

Als Präsident des Landtages habe ich in den ersten 10 Jahren unserer Tätigkeit in St. Pölten daher besonders darauf Bedacht genommen, das Interesse junger Menschen für die Tätigkeit des Landtages zu fördern. Die Behandlung der Ergebnisse der bisher acht Jugendkongresse im Landtag gehört ebenso dazu wie die Einrichtung eines speziell auf die Interessen junger Menschen abgestellten Besucherzentrums im Foyer des Landtagsschiffes.

Wir haben außerdem den Niederösterreichern und Niederösterreichern durch die Übertragung der Landtagssitzungen im Internet und durch die Darstellung der Landtagssitzungen in jedem Stadium des Verfahrens die Möglichkeit eröffnet, intensiv am Geschehen des Landesparlaments teilzunehmen. Die Protokolle des Landtages stehen zum Beispiel, zurück bis ins Jahr 1945, voll und ganz in leicht zugänglicher Form über Internet zur Verfügung. Und wir wollen und werden die Möglichkeiten für junge Menschen, die sich mit dem Geschehen des Landesparlaments auseinandersetzen, nicht zuletzt im Hinblick auf die geplante Herabsetzung des Wahlalters noch verstärken.

Wenn es uns gelingt, das Interesse und die Zustimmung der niederösterreichischen Frauen und Männer, der niederösterreichischen Bevölkerung, zu ihrem Landesparlament auch im nächsten Dezzennium zu erhalten und auszubauen, dann war die vor 10 Jahren stattgefundene Übersiedlung des NÖ Landtages von der Herrengasse in Wien hierher nach St. Pölten nicht nur ein Bezug neuer Arbeitsräume, sondern auch ein Impuls für die Neugestaltung unserer parlamentarischen Arbeit für Land und Bewohner.

So begehen wir unser Jubiläum heute im Rahmen einer Arbeitssitzung, ganz bewusst im Rahmen einer Arbeitssitzung des Landtages, mit einer Aktuellen Stunde zum Thema 10 Jahre Landtag in St. Pölten und einem Empfang des Landtages zu Ehren der Landespolitiker des Jahres 1997. *(Beifall im Hohen Hause. – Präsident Mag. Freibauer nimmt seinen Platz ein.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Eingelangt ist ein Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger, Mag. Dr. Petrovic, Waldhäusl, Mag. Ram und Hiller gemäß § 40 LGO auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde zum Thema „10 Jahre NÖ Landtag in St. Pölten“, Ltg. 880/A-8/20. Gemäß § 40 Abs.4 LGO wird beantragt, die Aktuelle Stunde als ersten Verhandlungsgegenstand der Landtagssitzung durchzuführen. Ich bringe diesen Antrag zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Ich stelle fest, einstimmig angenommen!

Für die Aktuelle Stunde wurde zwischen den Fraktionen freiwillig für diese Sitzung folgende Redezeitvereinbarung getroffen: ÖVP 20 Minuten, SPÖ 20 Minuten, Grüne 11 Minuten, FPÖ 5 Minuten, Mag. Ram 5 Minuten. Ich ersuche Herrn Abgeordneten Klubobmann Mag. Schneeberger als Antragsteller um die Berichterstattung.

**Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP):** Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Liebe Kolleginnen und Kollegen des Jahres 1997!

Es gehört einfach zur Geschäftsordnung dazu, dass der Erstantragsteller das erste Wort hat. Nachdem wir aber heute anlässlich dieser Festveranstaltung diese Aktuelle Stunde gemeinsam beantragt haben, glaube ich, gehört es einfach auch dazu, dass man davon Abstand nimmt, dass die größte Partei als erste spricht, sondern dass ich den anderen Parteien den Vortritt lasse um so einen harmonischen Ablauf zu gewährleisten. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Ram.

**Abg. Mag. Ram:** Geschätzter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Kolleginnen und Kollegen! Vor allem werte Festgäste! Werte Entscheidungsträger aus dem Jahr 1997!

Wenn wir heute 10 Jahre Landtag in St. Pölten begehen, so gedenken wir einer historischen Stunde, nämlich dem 21. Mai 1997. Mit dem 21. Mai 1997 gingen 484 Jahre gemeinsame Geschichte mit dem Haus Herrengasse 13 mit dem NÖ Landtag zu Ende. Heute ist es für viele von uns unvorstellbar, dass sich der Landtag nicht in St. Pölten sondern in Wien befinden würde. Und es ist ebenso unvorstellbar dass Niederösterreich keine eigene Landeshauptstadt hätte, sondern eben so ohne Landeshauptstadt, ein Bundesland ohne Landeshauptstadt wäre.

Ich muss selbstkritisch sagen, dass auch ich einer Landeshauptstadt und der Verlegung des Landtages nach St. Pölten eher kritisch gegenübergestanden bin und hier doch eine kritische Einstellung gehabt habe. Man muss aber dennoch jetzt feststellen - und ich glaube, das gilt für uns alle - dass die Entscheidung, eine Landeshauptstadt in St. Pölten ins Leben zu rufen und auch den Landtag nach St. Pölten zu verlegen, eine sehr gute und sehr weise war. Vor allem auch finanziell, wirtschaftlich. Und vor allem eine Entscheidung, die sehr positiv für die Identität von Niederösterreich war und für das Niederösterreich-Bewusstsein.

Wenn wir die 10 Jahre Landtag in St. Pölten rückblickend betrachten, so kann man zusammenfassend sagen, dass sehr viel passiert ist. Dass Niederösterreich eine gute, eine positive Entwicklung genommen hat. Und das sage ich bewusst als einer der in der Vergangenheit sehr oft Kritikpunkte an den einzelnen Entscheidungen vorgebracht hat.

Kritikpunkte soll es geben, Kritikpunkte im Landtag muss es sogar geben. Und ich glaube, der Verdienst, dass in 10 Jahren NÖ Landtag einiges weiter gegangen ist, dieser Verdienst gebührt sehr vielen. Er gebührt auf einer Seite natürlich den Mitgliedern der Landesregierung. Dieser Verdienst gebührt natürlich aber auch den Mitgliedern des Landtages. Und hier sollte man schon einmal ganz klar und deutlich feststellen, dass alle Mitglieder des Landtages – egal ob sie Regierungs- oder Oppositionsvertreter sind – hier ihren Beitrag geleistet haben.

Gerade als jemand, der eine große Oppositionsfraktion kennen gelernt hat als junger Abgeordneter ist mir das ein Anliegen. Wir haben auch drei Vertreter dieser ehemaligen Fraktion hier, die Frau Abgeordnete Rosenkranz, den Herrn Landesrat Schimanek und den Herrn Abgeordneten Hrubesch. Und ich glaube, dass es wichtig ist, das auch hier einmal ganz klar und deutlich zu sagen: Das Land gedeiht durch das Zusammenspiel von Regierung und Opposition. Durch eine Kritikfähigkeit, die aber durchaus mit gesundem Maß vorgebracht wird und die immer konstruktiv sein sollte.

Geschätzte Damen und Herren! Wenn ich in meiner kurzen Redezeit über den Landtag und über 10 Jahre Landtag in Niederösterreich sprechen möchte, so möchte ich doch den Bundesrat nicht vergessen. Sehr viele von Ihnen kommen ja so wie ich aus dem Bundesrat. Und ich habe hier kennen gelernt, dass es eine Zusammenarbeit über die Fraktionen im Landesinteresse gibt. Ich möchte mich an dieser Stelle auch bei den Vorsitzenden des Bundesrates bedanken, die Niederösterreich

sehr gut vertreten haben und die die niederösterreichischen Interessen in Österreich auch hervorragend vertreten haben. Anwesend ist die letzte Vorsitzende, die Frau Abgeordnete Sissy Roth und der ehemalige Präsident Schöls, der etwas sehr Gutes eingeführt hat, nämlich einen Bericht der niederösterreichischen Abgeordneten, der niederösterreichischen Bundesräte an den Landtag.

Ich glaube, das ist sehr wichtig um hier auch die Verkettung Bundesrat/Landtag zu zeigen. Ich glaube auch, dass es vielleicht in Zukunft zu noch mehr Aktivitäten kommen sollte.

Zum Abschluss meiner Ausführung möchte ich eines sagen, das mir besonders am Herzen liegt: Es gibt immer wieder Diskussionen über die Abschaffung der Landtage, über die Abschaffung der Länder. Ich möchte hier klar und deutlich - und ich glaube, das sollte auch ein Schlusswort sein zu dem wir uns alle bekennen - klar und deutlich festlegen, dass diese Ideen, diese Vorschläge nicht nur absurd und entbehrlich sind, sondern vor allem auch zeigen, dass diejenigen, die diese Ideen vorbringen, keine Ahnung von der politischen und vor allem von der geschichtlichen Entwicklung und Bedeutung der Länder und Landtage für unseren Staat Österreich haben. Denn gerade die Landtagsabgeordneten sind es, die Ansprechpartner erster Natur sind. Die für die Bevölkerung vor Ort – und das wissen Sie alle – oft der Ansprechpartner sind wenn sie Anliegen haben, wenn sie Ideen haben. Und ich glaube, das sollten wir auch in Zukunft so beibehalten. Und ich glaube auch abschließend, dass wir hier in Niederösterreich gut unterwegs sind. Ich persönlich betrachte es als Ehre, hier ein bisschen mitarbeiten zu dürfen in der Vergangenheit, die letzten Jahre. Ich wünsche dem NÖ Landtag auf jeden Fall für die nächsten Jahre, für die nächsten 10 Jahre aber natürlich auch darüber hinaus, alles erdenklich Gute, viel Kraft, viel Durchsetzungskraft und gute Entscheidungen für unser Bundesland! *(Beifall bei der ÖVP und den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Werter Herr Präsident! Werte Landesregierung! Verehrte Kollegen des NÖ Landtages!

10 Jahre NÖ Landtag in St. Pölten. Man stellt sich die Frage: Erfolgsstory, Jubel, Grund zum Feiern? Ist das nicht der Fall? Ich würde einmal sagen Grund zum Nachdenken, Zurückdenken, Zusammenfassen. Kritisch Nachdenken. Auch darüber, was in zwei Perioden getan wurde. Denn

tatsächlich geht es nicht darum, ob die Entscheidungen in Wien oder in St. Pölten gefällt werden, es geht darum, ob die Entscheidungen gut für das Land und gut für die Bürger sind.

Und hier in diesen zwei Perioden wurden viele Beschlüsse gefasst, wichtige Entscheidungen getroffen, aber auch viele neue Belastungen für unsere Bürger beschlossen. Die Wichtigkeit des Landtages, der Landesregierung, man kann darüber nachdenken, man kann über den Stellenwert des NÖ Landtages sehr wohl kritisch nachdenken. Die Bevölkerung tut es, die Medien machen es. Den Stellenwert des Landtages hinterfragen aus der Sicht der Landesregierung wo wir als Mitglieder des Landtages oft den Anschein haben dass wir gar nicht so wichtig sind.

Wir können auch über unsere Arbeit reden. Über das, was wir hier entschieden haben ob gut oder ob schlecht. Beurteilt wird es von der Bevölkerung. Beurteilt wird es aber auch aus den Gedanken einer Partei heraus, ist man Opposition oder ist man in der Regierung. Ich werde selbstverständlich bei meinen Gedanken hier die Sicht der Opposition wählen. Und da muss ich natürlich bei meinem Nachdenken schon feststellen, dass die Arbeit einem nicht immer leicht gemacht wird im NÖ Landtag. Dass Kritik im NÖ Landtag – und das ist schon über 10 Jahre so – als landesfeindlich betrachtet wird. Dass die Rechte, die sowieso schon sehr winzig sind, teilweise mit Füßen getreten werden. Dass Anfragebeantwortungen teilweise seitens der Regierung ignoriert werden und dass Kritiker mundtot gemacht werden sollten. So auch ein hier im Landtag gefällter Landtagsbeschluss. Dass in ein Büro einer Fraktion eingebrochen wurde wofür keiner verantwortlich ist. Und dann geht es darum, ob man nicht Rechte ausdehnen sollte. Rechte für den Landtag, nicht für einen persönlich, für den Landtag und damit für die Bevölkerung.

Ich denke aber auch an viele Beschlüsse im Landtag. 80 bis 90 Prozent sind einstimmig in diesem Haus entschieden worden, weil sie für das Land, für Niederösterreich, wichtig und entscheidend waren. Ich denke an unsere Arbeit auch seitens der Opposition für dieses Land. Ich denke an die positive Entwicklung wie wir als Oppositionspartei im Bereich der Abwasserreinigung im ländlichen Raum hier entscheidende Schritte und Akzente gesetzt haben, wo heute die nachfolgende Regierungspartei von dem noch immer zehren kann. Und ich denke gleichzeitig auch an ein negatives Beispiel. An das Beispiel, wie wir hier im Landtag leider Gottes das Glücksspiel betreffend versagt haben. Wo wir die Jugend mit einem

Landtagsbeschluss teilweise dem Schicksal überlassen haben.

Dass hier in diesem Landtag die Parteien selbstverständlich ihre Arbeit nach ihren Schwerpunkten unterteilen, ist in Ordnung. Es geht darum, wie wir das Geld aufbringen und wofür wir dieses Geld nach Prioritäten ausgeben in diesem Bundesland. Ist hier der Schwerpunkt die Wirtschaft alleine? Ist es die Gesundheit? Ist es der Verkehr? Ist es im Bereich der Bildung? Oder ist es der Bereich der Kultur? Die Prioritätensetzung erfolgt selbstverständlich bei den Budgetverhandlungen. Hier muss mit Beschlüssen auch dann das Geld aufgebracht werden. Hier wird es auch immer wieder dazu kommen, und es ist dazu gekommen, dass Belastungen und neue Steuern gekommen sind. Und dann ist es in Ordnung und es muss auch für uns zulässig sein, dass es dann Kritik gibt. Dass es Kritiker gibt, die sagen, hier wird Geld aufgebracht und Belastungen für Nitsch oder andere Dinge hier zu verwenden. Kritik muss möglich sein. Auch in 10 Jahren NÖ Landtag muss das möglich sein.

Wir haben als Oppositionspartei, darauf bin ich sehr stolz, im Interesse der Bürger die Handymastensteuer verhindert, Belastungen an der Bevölkerung verhindert. Und trotzdem sollten wir nicht aus den Augen verlieren, dass wir viele Probleme in unserem Bundesland haben. Ob es im Bereich der Sicherheit ist, ob es im Bereich der Arbeitslosigkeit ist. Und auch daran, dass viele Bürger bereits über die zu hohen Abgaben stöhnen, dass wir im Bereich der Autofahrer und der Pendler Menschen in unserem Land haben, die nicht mehr wissen wie es weiter gehen soll. Mit insgesamt über tausend Anträgen und von meiner Fraktion über 400 haben wir versucht für das Land Niederösterreich, für die Menschen in Niederösterreich zu arbeiten. Wir als Freiheitliche arbeiten gerne und wir sehen das Bundesland Niederösterreich nicht als unser Eigentum so wie es teilweise anderswo passiert.

Wir sind für die Bürger da und nicht die Bürger für uns. Das meine ich, das ganz, ganz wichtig ist und vor allem für die Zukunft noch wichtiger. Ich persönlich bedanke mich dafür, dass ich bereits seit über 10 Jahren für die Bürger von Niederösterreich arbeiten darf und helfen darf. Und wünsche mir persönlich abschließend für die nächsten 10 Jahre ein wenig mehr Demokratie für unsere Bürger.

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich die Klubobfrau der Grünen, Frau Dr. Petrovic.

**Abg. MMag. Dr. Petrovic (Grüne):** Herr Präsident! Geschätzte Mitglieder der NÖ Landesregierung! Sehr geehrte Damen und Herren!

Ja, zehn Jahre Sitzungen in der eigenen Landeshauptstadt, in einem eigenen modernen Gebäude, das ist sicher ein Grund sich erstens zu freuen und zweitens ein bisschen diese ersten zehn Jahre Revue passieren zu lassen. Und vielleicht einen kleinen Ausblick in die Zukunft zu wagen, vielleicht auch ein paar Wünsche oder Sehnsüchte, was die Zukunft betrifft, hier auszusprechen.

Das, was Abgeordneter Mag. Ram vorhin gesagt hat, die Rolle der Landtage, das greife ich gerne auf und habe persönlich die feste Überzeugung, dass gerade in einem großen Europa, in einem Europa, das richtigerweise und notwendigerweise in einer Welt in der es doch große Machtzentren gibt, nach mehr Einfluss strebt, dass in diesem großen Europa eigentlich die Regionen eine riesige Chance haben.

Ich bin persönlich wirklich der Überzeugung, dass eher die Rolle der Nationalstaaten tendenziell schwinden wird, tendenziell immer wieder auf dem Prüfstand stehen wird und dass, je mehr wir in ein Recht europäischer Richtlinien gehen, das wir im großen und ganzen bei allen Kritikpunkten im Detail sehr begrüßen, aber dass wir in so einem Europa der europaweiten Gesetzgebung trachten müssen, diese Gesetzgebung so generell und so weit zu halten dass eine Konkretisierung auf der Ebene der Regionen möglich ist. Und ich denke, in Österreich haben die Bundesländer diese Größe auch, dieses historisch gewachsene Zusammengehörigkeitsgefühl, dass sie diesem Begriff der Europäischen Region gut entsprechen können.

Und dass da auch ein Wettbewerb, ein positiver Wettbewerb der Ideen und der Leistungen herrscht, das halte ich für selbstverständlich und ich denke, Niederösterreich ist da nicht schlecht positioniert. *(Beifall bei den Grünen und der ÖVP.)*

Meine Damen und Herren! Wenn ich diese Wünsche für die Zukunft vielleicht in drei Punkten zusammenfassen kann, dann denke ich mir, das ist mehr oder minder ein kleiner Punkt und ich glaube, hier geschieht bereits einiges. Es scheint mir noch in Bezug auf dieses Haus und dieses Regierungsviertel hier in der eigenen Landeshauptstadt eine bessere Abstimmung der Kommunalpolitik, der Politik im Kleinen mit der Landeshauptstadt und mit der Bundeshauptstadt möglich. In vielen Punkten. Was das Städtebauliche betrifft, das Architektonische, dass man hier die Durchlässigkeiten erhöht und die Lebendigkeit.

Ich denke, die Landeshauptstadt wird in der Berichterstattung oftmals weit unter ihrem Wert geschlagen. Und die Meisten, die dann hier her kommen sind überrascht, das, was wir vorher von St. Pölten gehört haben und wie sich die Stadt dann präsentiert. Ich denke mir, auch hier gibt's nichts zu verstecken und hier eine bessere Ankopplung des Regierungsviertels mit der Landeshauptstadt, das müsste doch zu machen sein. Und bei der Bundeshauptstadt detto. Da gibt's eine Fülle von Details, die vielleicht nicht heute hier in so eine Feierstunde gehören, aber von den Verkehrsverbindungen, von den Zonengrenzen, für die Pendlerinnen und Pendler, da gibt's eine Fülle von Verbesserungsvorschlägen. Und ich denke mir, daran sollte es nicht scheitern.

Zweiter Punkt. Ich denke, dieses Haus sollte - und das wäre, wenn ich mir so etwas wünschen darf, wahrscheinlich der nächste Punkt der Investitionstätigkeit des Landes in Zeiten einer breiten Diskussion über Themen des Klimaschutzes und der Notwendigkeit, immer stärker ökologisch zu handeln - ein Ökovorzeigeprojekt sein und immer stärker werden. Ich bin keine bautechnische Fachfrau. Aber ich kann mir vorstellen, dass hier gerade im Zusammenhang mit Ökologie, was die Nutzung von erneuerbaren Energien und so weiter betrifft, noch einiges zu machen wäre. Und ich glaube, es würde auch den Menschen im Lande, die ihre Häuser sanieren oder neue Häuser errichten, sehr viel Mut geben wenn der Landtag, wenn die Landesregierung mit dem besten möglichen Beispiel voran ginge. Das könnte schon in nächster Zeit passieren. Und ich bin überzeugt, dass dies gerade auch hier in der Zentralregion sehr viele Arbeitsplätze schaffen kann.

Und der dritte und wichtigste, für mich heute wichtigste Punkt der Veränderung: Ich denke, ein modernes Haus, ein schönes, ein ansprechendes, ein helles Haus ist so gut wie das Leben, das sich darin vollzieht. Und in Sachen lebendiger Demokratie, da glaube ich, ist Handlungsbedarf gegeben! Und dafür sollte in Zukunft etliches passieren.

Ich will da mit einem Zitat beginnen. Ein Zitat, vorerst einmal, ist nicht in allen Bereichen ein Vorbild, aber heute können wir, glaube ich, einmal eine Debatte wie sie offenbar im deutschen Bundestag läuft, auch hier ansprechen. Der Bundestagspräsident Norbert Lammert, CDU - kein Grüner - verlangt angesichts der Situation einer großen Koalition, die mehr als eine Zweidrittelmehrheit hat, mehr Rechte für die Opposition. Und er sagt wörtlich in einem Interview im „Spiegel“: Natürlich hängt die Vitalität des Parlamentarismus ganz wesentlich von den Einflussmöglichkeiten der Opposition ab.

Deswegen gibt es besondere Minderheitsrechte, die von der Mehrheit respektiert werden müssen. Grundsätzlich muss sichergestellt sein, die Mehrheit darf eine Debatte unliebsamer Themen nicht verhindern können. Eine Minderheit muss Gesetze auf ihre Verfassungskonformität wirksam überprüfen lassen können. Und die Einberufung des Parlaments muss von einer Minderheit erzwungen werden können. Dies darf nicht vom Wohlwollen oder der Einsicht einer großen Mehrheit abhängen.

Ich pflichte diesen Worten vollkommen bei. Es geht nicht darum, dass die Regierung und die Mehrheitsfraktion hier im Hause eine große Anerkennung bei der Bevölkerung hat. Das ist völlig unbestritten. Das sehen wir auch. Und an den Rechten der Mehrheit, die Linien der Gestaltung zu legen, ist so und so in einer Demokratie nicht zu rütteln. Es geht um die kleinen Akzente.

Es geht vielleicht manchmal um das Tüpfelchen auf dem I oder das Salz in der Suppe. Oder einen Akzent, der auch nicht vergessen werden darf. Und es ist eben so, dass Parteien, die hier in der Demokratie die festgelegten, die von den Verfassungen festgelegten Hürden überspringen, die haben ja schon gezeigt, dass sie Rückhalt, auch einen Rückhalt in der Bevölkerung haben. Und dass sie auch mit Legitimität für ihre Klientel und manchmal, bei manchen Themen auch für mehr als ihre Klientel sprechen können. Gerade wenn ich an Fragen des Umweltschutzes, des Klimaschutzes denke, dann glaube ich, dass die Grünen in diesem Themenbereich in vielen Fragen für weit mehr Menschen reden können als für die, die dann letztendlich grün wählen. *(Beifall bei den Grünen.)*

In diesem Sinne denke ich, lebendiger Parlamentarismus lebt von den Rechten der Opposition und kann nur so leben. Im Wirtschaftsleben ist es auch so, der Vorstand einer großen Gesellschaft, der Aufsichtsrat und die Interne Revision, das sind verschiedene Leute. Und natürlich haben sie alle das Ziel, dass letztlich das gesamte Unternehmen erfolgreich und gut dasteht. Aber ihre Beiträge sind verschiedene. Und so denke ich, geht es darum, beispielsweise Sitzungen einberufen zu können, Anträge stellen zu können. Ein Mitglied mit Stimmrecht in den Ausschüssen, in den Gremien zu haben, wo die Sacharbeit passiert. Oder auch, so wie es der Präsident des deutschen Bundesrates angesprochen hat. Eine Überprüfung herbeiführen zu können von Gesetzen bevor wir einzelne Bürgerinnen und Bürger dann auf diesen Parcours schicken, dass sie selbst in eigener Sache ein Höchstgericht anrufen müssen.

Ich denke, das sollten selbstverständliche Rechte der Fraktionen hier im Hause sein über die wir eigentlich nicht länger diskutieren sollten. Andere Landtage haben es gezeigt, sie sind diese Entwicklung schon gegangen. Es hat in allen Fällen der Lebendigkeit der Demokratie genutzt. Es hat die Aktualität der Debatten des Landtages erhöht. Und ich glaube, für die nächsten zehn Jahre, das heißt schon am Beginn dieser nächsten zehn Jahre sollte in Niederösterreich eine derartige Demokratiereform stehen. Und die Grünen werden, so wie in der Vergangenheit, die Rechte mit Verantwortungsbewusstsein ausnützen. Aber ich glaube, wir haben auch gezeigt, dass wir in der Lage sind, lebendige Debatten zu führen, Aktualität ins Hause zu bringen. Und wie gesagt, ich denke, die nächsten zehn Jahre sollten schon am Beginn die Erfüllung dieser Wünsche, die ich hier geäußert habe, vorsehen. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Mag. Stiwicek.

**Abg. Mag. Stiwicek (SPÖ):** Geschätzte Präsidenten! Herr Landeshauptmann! Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Herr Landeshauptmannstellvertreter! Werte Regierungsmitglieder! Hoher Landtag! Geschätzte Ehrengäste! Meine Damen und Herren! Liebe Jugend!

Am 10. Juli 1986 hat der Landtag von Niederösterreich den historischen Beschluss gefasst – ich zitiere: „Landeshauptstadt von Niederösterreich ist die Stadt St. Pölten. Sie ist Sitz des Landtages und der Landesregierung.“ Zitatende. Diese zwei kurzen, prägnanten Sätze am Gesetzestext haben unglaublich viel ausgelöst. Haben unglaublich viel Positives in Bewegung gebracht. Heute können wir feststellen, die Hauptstadtgründung hat das Selbstverständnis und die Eigenständigkeit unseres Bundeslandes und das Landesbewusstsein generell unheimlich gestärkt. Völlig zu Recht hat Präsident Mag. Romeder in der ersten Sitzung des Landtages in St. Pölten am 21. Mai 1997 - vor fast genau 10 Jahren - gesprochen vom Beginn einer neuen Ära in der Landesgeschichte und von St. Pölten als neuer Heimat des Landtages.

Nicht zuletzt sind durch das neue, prägnante Landtagsgebäude für unsere Abgeordneten moderne Arbeitsbedingungen in einer Qualität und Quantität gegeben, wie wohl in keinem anderen Bundesland. Das Regierungsviertel wurde ohne Kürzung von Gemeindeförderungen und ohne Belastung des Landeshaushaltes und ohne zusätzliche Belastung der Steuerzahler errichtet. Es gab

keine Bauverzögerungen, keine Skandale, keine finanziellen Unstimmigkeiten, keine Überziehung der Gesamtbaukosten und keine gravierenden Baumängel. Das ist alles beileibe keine Selbstverständlichkeit bei einem damals sieben Milliarden Schilling Projekt!

Auch die Übersiedlung von Landtag, Landesregierung und Verwaltung von Wien nach St. Pölten mit 2.800 Bediensteten in der Hoheitsverwaltung war eine logistische Glanzleistung. Letztenendes sind wir durch diese Übersiedlung auch näher zum Landesbürger gerückt.

Durch die Einrichtungen des Regierungsviertels mit dem Kulturbezirk, mit dem Festspielhaus, dem Landesmuseum, dem Landesarchiv und der Landesakademie ist St. Pölten enorm bereichert und aufgewertet worden. Diese Entwicklung reißt zum Glück bis heute nicht ab, wie die jüngsten Beispiele des Hauses der Wirtschaft und der NÖ Versicherung auf der Papst-Wiese zeigen. Dafür möchte ich im Namen aller St. Pöltnerinnen und St. Pöltner auch Danke sagen. *(Beifall bei der SPÖ und ÖVP.)*

Was heute in punkto Regierungsviertel noch fehlt, ist sicherlich – es ist heute davon schon gesprochen worden – eine noch bessere Anbindung an die St. Pöltner Altstadt, an der aber auch bereits gearbeitet wird. Wozu auch unter anderem zählt, dass sich in Hinkunft vielleicht die Landesbeamten ohne förmlichen Dienstreiseauftrag in die City begeben dürfen. Aber letztlich sind das auf längere Sicht gesehen nur Kinderkrankheiten, wie zum Beispiel auch das Anrainerproblem, sprich die leidige, intensive Verparkung des Grätzels rund um das Regierungsviertel, die über kurz oder lang gelöst bzw. um im gebrauchten Bild zu bleiben, geheilt sein werden.

Meine Damen und Herren! Aber nicht nur die Landesstellen, sondern auch die wichtigsten Institutionen und Interessensvertretungen sind dem Ruf gefolgt und in den letzten zwei Jahrzehnten nach St. Pölten übersiedelt. Die ersten in der jungen Landeshauptstadt waren sicherlich der ORF Niederösterreich, das Landesgericht und die Landessportschule.

Manche sind bereits nach 10 Jahren hier angekommen wie die Landes-Landwirtschaftskammer und der ÖGB, manche erst nach 20 Jahren wie die Wirtschaftskammer, manche erst heuer wie die PVA. Und manche machen sich erst auf den Weg wie die Arbeiterkammer, die sich nun in St. Pölten ein Grundstück gesichert hat. Alles in allem kann man aber durchaus formulieren, aller - und ich be-

tone aller, nicht alle - aller Wege führen letztendlich einmal nach St. Pölten. Was zweifellos noch fehlt sind gerade im Lichte der zunehmenden Verkehrsbelastung von St. Pölten und dem Umland eine zusätzliche Traisenbrücke beim Regierungsviertel, die sogenannte nördliche Kerntangente und, etwas globaler gesehen, die Westumfahrung der Landeshauptstadt. Was auch noch fehlt ist eine neue Halle für das VAZ St. Pölten, ein Veranstaltungszentrum von niederösterreichischer Bedeutung, die nur unter Mithilfe des Landes Niederösterreich realisiert werden kann.

Das VAZ ist auch ein gutes Beispiel für unseren, so glaube ich, durchaus argumentierbaren und berechtigten St. Pöltner Wunsch, die Landeshauptstadt nach 20 oder 21 Jahren nicht mehr aus der Regionalförderung auszugrenzen. Hier sage ich, es muss nicht alles auf einmal kommen, aber es sollte kommen.

Geschätzte Festversammlung! Mit dem Beschluss zur Begründung der Landeshauptstadt im Jahre 1986 wurden gleichzeitig zur Stärkung der Eigenständigkeit der übrigen Regionen Niederösterreichs Regionalfördermittel auf die Dauer von 20 Jahren, mit der nunmehrigen Verlängerung eigentlich auf 27 Jahre, bereit gestellt. Dieser bedeutsame Beschluss brachte und bringt eine finanzielle Unterstützung für die Regionen von fast 30 Millionen Euro jährlich.

Insgesamt wurden aus dem Regionalisierungstopf bisher mehr als 1.600 Projekte realisiert. 1.600 Projekte! Für diese 1.600 Projekte wurden 700 Millionen Euro an Förderungen bereitgestellt, worin mehr als 95 Millionen Euro aus EU-Mitteln enthalten sind. Damit konnte bisher ein Investitionsvolumen von mehr als 1,9 Milliarden Euro, fast 2 Milliarden Euro, ausgelöst werden.

Landeshauptmannstellvertreterin und Niederösterreichs Gemeindereferentin Heidemaria Onodi ist unbedingt zuzustimmen wenn sie da meint. „Das Projekt Regionalisierung hat sich im Laufe dieser zwei Jahrzehnte zu einem unverzichtbaren Finanzschub für die NÖ Gemeinden entwickelt. Die zahlreichen Einzelförderungen für hunderte kleinere und größere Projekte in allen Landesteilen sind der Motor für die gute Landesentwicklung Niederösterreichs.“

Meine Damen und Herren! Die Zufriedenheit der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mit ihrer Hauptstadt, wobei sich in den regelmäßigen Umfragen Spitzenwerte von 80 Prozent und darüber zeigen, ist meines Erachtens eine ausgezeichnete Basis für die zweite Phase der Landes-

hauptstadtentwicklung, die sich nun abzeichnet. Alleine wenn man die vielen Baukräne im Weichbild der Stadt zur Kenntnis nimmt: Bahnhofneubau und –umbau, Hochgeschwindigkeitsstrecke nach Wien, Ausbau des Landeskrankenhauses, Landeskriminalamt und Kulturdepot, Eislaufhalle, Haus der Wirtschaft, Niederösterreichische Versicherung und viele andere Projekte mehr.

Tatsächlich ist die Landeshauptstadt mittlerweile das Zugpferd für die ganze Region geworden, für den niederösterreichischen Zentralraum, der kräftig seine Rolle als fünftes Landesviertel zu spielen beginnt. Dieses fünfte Landesviertel erstreckt sich etwa im Bereich von Traisen, St. Pölten, Krems bis Tulln, umfasst 100 Gemeinden mit zirka 330.000 Einwohnern.

Es ist zweifellos eine dynamische Region mit großem Potenzial. Eingebettet in die Großregion Centropo, also in die Region Wien, Bratislava, Brünn, St. Pölten. Und damit als Wirtschaftszentrum doppelt dynamisch. Auch Bundeskanzler Dr. Alfred Gusenbauer zeigte sich bei seinem jüngsten St. Pölten-Besuch beeindruckt von der Hauptstadtentwicklung und sprach von „Dynamik mit sozialer Ader“.

Meine Damen und Herren! Hans Weigel hat einmal unter dem Titel „Hauptstadt nona“ folgendes geschrieben: „Wenn das Land Niederösterreich seine Hauptstadt haben wird, dann werden wir es nicht glauben können, dass es so lange Zeit keine Hauptstadt gehabt hat.“ Dem ist eigentlich nichts mehr hinzuzufügen. Außer vielleicht auf eine weitere gute Entwicklung unseres Landes Niederösterreich und seiner Hauptstadt St. Pölten! (*Beifall bei der SPÖ und ÖVP.*)

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gemeldet hat sich Herr Klubobmann der ÖVP Mag. Klaus Schneeberger.

**Abg. Mag. Schneeberger (ÖVP):** Herr Präsident! Geschätzte Landesregierung! Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen von heute und von gestern!

Was ist ein Land ohne Hauptstadt? Was ist eine Hauptstadt ohne Landtag? Erinnern Sie sich noch an die Antwort von damals vor 20 Jahren: „Wie ein Gulasch ohne Saft.“ Damals ein bisschen flapsig ausgedrückt, heute steht das bereits in den Geschichtsbüchern. Diese einfache Botschaft ist damals unter die Haut gegangen. Aber nicht nur unter die Haut gegangen. Diese Botschaft ist in die Köpfe der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher gegangen! Und was viel wichtiger ist,

sie ist in die Herzen der Niederösterreicherinnen gegangen Und hat einen Prozess ausgelöst, der das Bewusstsein und vor allem das Selbstbewusstsein der Niederösterreicherinnen verändert hat. Das neue Kapitel in der Geschichte unseres Landtages wurde – es wurde heute schon öfters erwähnt – am 21. Mai 1997 aufgeschlagen. Viele von uns erinnern sich noch ganz genau an diese unvergessliche Sitzung hier in diesem modernen, eindrucksvollen Saal. Seither ist viel geschehen. Aus einer ehemals belächelten, manchmal eigenartig riechenden Stadt ist ein pulsierendes Zentrum geworden, nicht zuletzt durch die starke Mithilfe des Landes. Aus einem unterschätzten Land ist ein starkes Niederösterreich geworden. Und aus einer unglaublichen Vision Wirklichkeit. Alle Unkenrufe sind verstummt und alle politischen Querschläge vergessen. Heute ist Anlass zurückzublicken.

Und all jenen zu danken, die immer daran geglaubt haben und nie müde wurden dieses Projekt, diese Vision, zu realisieren. Begonnen 1951 beim St. Pöltener Bürgermeister Steingötter über Landeshauptmann Andreas Maurer, der eine bekannt gewordene Rede am Landesparteitag 1970 gehalten hat. Damals war die Zeit noch nicht reif, aber als Landeshauptmann Ludwig und sein Stellvertreter Höger das Projekt angegriffen haben war die Zeit reif! Und ihnen und ihren Helfern gehört heute gedankt. Danke aber auch dem Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll. Du hast es in Wahrheit verstanden, das Erbe nicht nur fortzuschreiben, sondern entscheidend weiter zu entwickeln. Dein Wirken ist in Wahrheit untrennbar mit der Erfolgsgeschichte Niederösterreich verbunden! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Viele von uns über alle Parteigrenzen hinweg freuen sich, dass wir mit dir diesen Erfolgsweg gehen durften und weiterhin gehen werden. Deine Vorgabe, vorne zu sein wenn es um die Chancen des Landes geht und nahe dran zu sein wenn es um das Einzelschicksal geht ist die Basis für diesen Erfolg. Danke aber auch an alle Niederösterreicherinnen, die erst mit ihrer Entscheidung dafür gesorgt haben, dass wir heute hier stehen. Und mit ihrer Arbeit, ihrer Schaffenskraft und ihren Ideen unser Land dorthin gebracht haben wo es jetzt steht.

Niederösterreich ist heute ein viel bewundertes Vorbild und ist Vorreiter. In vielen Bereichen Nummer 1 der Länder und eine viel be- und viel geachtete Region im großen Europa.

Dank starker Prinzipien, dank klarer Verhältnisse, dank gehaltener Versprechen und vor allem dank eines ausgeprägten Familiensinns. Wir, wir

können von uns behaupten, wir haben unsere Chancen genützt. Was damals begonnen hat war der Startschuss für eine Entwicklung, die in Österreich einzigartig war. Viele Impulse wurden hier im NÖ Landtag ausgelöst. Maßnahmen zur Landeshauptstadtwerdung, denn allein mit dem Titel ist man es noch nicht, und der Regionalisierung unter dem Motto, das eine tun ohne das andere zu lassen.

Gewaltige Summen wurden in St. Pölten investiert, die Stadt hat einen enormen Modernisierungsschub erfahren. Vom Regierungsviertel über den Kulturbezirk bis hin zur Landessicherheitsdirektion, über 700 Millionen Euro wurden hier investiert. Und dieser Bauboom ist bei weitem ungebrochen: Das Haus der Wirtschaft, eigentlich die Häuser der Wirtschaft bis hin zum Ausbau des nunmehrigen Landeskrankenhauses St. Pölten.

Gleichzeitig wurden unsere Regionen gestärkt als Rückgrat unseres Landes. Denn in den Regionen lebt und arbeitet der Mensch, in Wahrheit atmet Niederösterreich in den Regionen. 1.600 Projekte und ein Fördervolumen von 714 Millionen Euro lösten Investitionen von nahezu zwei Milliarden Euro aus. Und jetzt gehört schon etwas in Richtung St. Pölten gesagt, bei allen frommen Wünschen die auch heute wieder ausgesprochen wurden. Es genügt die Gegenüberstellung von zwei Zahlen. In der Regionalisierung wurden in diesen Jahren 2 Milliarden Euro investiert. In St. Pölten im selben Zeitraum 700 Millionen Euro. Das heißt, ein Drittel von ganz Niederösterreich, was in den Regionen investiert wurde, wurde allein durch das Land und die Mithilfe des Landes in der Landeshauptstadt investiert. Allein das spricht Bände.

Viele Projekte, speziell der Regionalisierung, wurden in diesem Haus diskutiert und beschlossen. Viele Projekte, und das ist ja unsere Aufgabe, tragen die Handschrift von so manchem Abgeordneten der Region. Und mit dem im Vorjahr beschlossenen Regionalförderprogramm bis 2013 können wir diese Erfolgsgeschichte weiter schreiben.

Hohes Haus! Der Vergleich macht uns sicher. Der Vergleich macht uns stark. Unsere Strategie war richtig! Ich möchte das an Hand von harten und weichen Faktoren untermauern. Das Landesbudget 1997 3,5 Milliarden Euro. Heute 6,3 Milliarden. Unternehmensgründungen ums Doppelte mehr, heute über 6.000 Unternehmensgründungen. Die Bruttowertschöpfung, die größte Österreichs, 1997 1,8 Prozent, heute 3,7 Prozent. Die Zahl der unselbstständig Beschäftigten, meine Damen und Herren, 1997 500.600, heute über 560.000 unselbstständig Tätige. Und wenn ich an den Verkehr denke, dann

hat man zu dieser Zeit, wenn man von Zwettl nach St. Pölten mit dem öffentlichen Verkehr gefahren ist über drei Stunden gebraucht, heute 1 Stunde 15 Minuten. Das waren die harten Faktoren.

Lassen Sie mich ein paar weiche Faktoren nennen. Beispielsweise die Betreuung unserer Kinder. Waren 1997 3.190 tagesmässig betreut, sind es heute 8.400. Tagesmütter-Kinderbetreuung: Waren es 1997 3.439 Kinder, so sind es heute 5.565 Kinder die von unseren Tagesmüttern betreut werden. Die Senioren, die älteren, pflegebedürftigen Menschen: Waren es im Land 4.800 Betten, sind es heute 7.287 Betten. Oder Studierende. Vor 10 Jahren hatten wir kaum 320 Studierende, heute reden wir von über 8.000 Studierenden in Niederösterreich. Und Kultur, da nehme ich nur einen Schauplatz der Kultur heraus, nämlich die Sommertheater. 14 Standorte vor 10 Jahren, 24 heute, über 250.000 Besucher.

Diese Balance zwischen harten Faktoren und weichen Faktoren macht in Wahrheit den Erfolg Niederösterreichs aus. 91 Prozent der Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher sind stolz, Bürger und Bürgerinnen dieses Bundeslandes zu sein. 84 Prozent sagen, Niederösterreich ist auf dem richtigen Weg. Und was verbinden die Niederösterreicherinnen und Niederösterreicher mit ihrem Bundesland? 92 Prozent Lebensqualität, 89 Prozent Heimat, 86 Prozent gesunde Umwelt und zu 79 Prozent soziale Sicherheit. Eigentlich ein hervorragendes Zeugnis das uns und vor allem der Bevölkerung des Landes Niederösterreich ausgestellt wird! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und wir, der NÖ Landtag, haben in vergangenen Jahren immer wieder Durchsetzungskraft und Entscheidungskraft bewiesen. Lassen Sie mich einige wenige Beispiele erwähnen. Landesstraßengesetz, wo die Verbundlichung erreicht wurde und enorme Ausbaumaßnahmen in den letzten Jahren Platz gegriffen haben. Die Landtagswahlordnung, weil man von Demokratie auch gesprochen hat, die modernste Landtagswahlordnung die es gibt: Name vor Partei! Direkter kann man gar nicht mehr Demokratie sehen, verwirklicht in Niederösterreich.

Die Übernahme der Krankenhäuser. Das Pflichtschulgesetz mit den Vorzeigeregionen, mit den Bildungsregionen oder mit der Klassenschülerhöchstzahl, nicht als Richtwert, sondern klar als Vorgabe. Die Besoldungsreform als Chance für junge Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Land Niederösterreich, der 15a-Vertrag bezüglich der Elite-Universität, die Haftung für Med Austron, die verfassungsrechtliche Absicherung der Landesmehrheit an der EVN und – Herr Landeshaupt-

mann, da erinnern wir uns gerne – der Mobilfunkpakt mit immer weniger Masten in Niederösterreich. *(Beifall bei der ÖVP und Heiterkeit bei Abg. Dr. Krismer-Huber.)*

Das, meine Damen und Herren, ist uns ja relativ leicht gefallen, weil wir hervorragende Arbeitsbedingungen haben. Und jetzt blicke ich zu unseren Vorgängern. Sie hatten zwei ein Ambiente, das unüberbietbar war, nämlich das Landhaus in der Herrengasse in Wien. Wir haben ganz andere Arbeitsbedingungen. Allein der Blick hier: Jeder Abgeordnete hat einen Laptop, ist angeschlossen, Internet. Jeder Abgeordnete hat die Möglichkeit, in eigenen Zimmern entsprechend tätig zu werden. Die Sitzungsprotokolle sind im Internet einsehbar. Und im Vergleich zu anderen Bundesländern sind wir hier absolut fortschrittlich. Das heißt aber auch, es liegt in Wahrheit an dem Abgeordneten selbst, diese Möglichkeiten für seine Arbeit im Sinne der Bürger zu nutzen. Denn der Bürger wählt den Abgeordneten, die Abgeordnete hierher in den Landtag. Aber nicht nur um Gesetze zu beschließen, sondern um ihn auch als Lobbyist für seine Region zu haben.

Und eine Sehnsucht, Frau Kollegin Dr. Petrovic, kann ich nicht teilen und schon gar nicht dieser Sehnsucht folgen. Sie wissen was ich meine. Es kann nicht sein, dass man über Geschäftsordnungen oder Mitwirkungsmöglichkeiten das Votum des Wählers verfälscht. Es ist einfach so, dass alle fünf Jahre der Wähler darüber entscheidet in welchem Ausmaß man in den Gremien sitzt, in welchem Ausmaß man hier sich einbringen kann und welchem Ausmaß ... *(Abg. Dr. Krismer-Huber: Die der Herr Schneeberger macht oder nicht macht!)* Nicht der Herr Schneeberger, sondern das Volk entscheidet über die Art und die Größe der Mitwirkung. Und das geschieht einmal in fünf Jahren. *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und das ist lebendige Demokratie. Und wenn es um die Legitimität der Aussagen geht, und wofür man, für wen man hier sich einbringt, spricht, dann gehe ich davon aus, dass alle hier Gewählten die Legitimität haben, für alle Bürgerinnen und Bürger in Niederösterreich einzutreten und das Beste zu versuchen. Und wenn es darum geht, Verantwortung zu übernehmen und Kontrolle ernst zu nehmen, dann sind auch darin wir wieder einmal Maß aller Dinge. Denn es ist das Land Niederösterreich und dieses Gremium, der Landtag gewesen, der einen unabhängigen Landesrechnungshof installiert hat, um eben die Kontrolle, die wichtig ist, aus der täglichen Politik heraus zu halten. Das ist Qualität von Demokratie! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Und eines darf ich auch noch sagen, liebe Frau Kollegin Petrovic. Sie haben gesagt, das ist das Salz in der Suppe. Wir essen gerne Suppe. Wir lassen sie uns aber nicht gerne versalzen! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Hohes Haus! Meine geschätzten Damen und Herren! Ich möchte meine Ausführungen nicht beenden ohne ein klares Bekenntnis zum Föderalismus abzugeben. Der Föderalismus ist in Wahrheit das Fundament unserer Existenz! Den Föderalismus zu stärken und für ihn einzutreten muss einfach ein Herzensanliegen aller Mandatäre sein, die wir hier im NÖ Landtag für unser Land arbeiten dürfen. Die Erfolgsgeschichte Niederösterreichs ist der beste Beweis für die Effizienz eines föderalen Systems. Und wir werden nicht mehr müde, im Rahmen der Staatsrechtsreform alles zu unternehmen um eben diesen Föderalismus in Österreich noch mehr zu stärken. In diesem Sinne gratuliere ich dem Land Niederösterreich, den Niederösterreichern und Niederösterreichern zur eigenen Landeshauptstadt und freue mich über das zehnjährige Jubiläum des Landtages hier in St. Pölten! *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Somit erkläre ich die Aktuelle Stunde zum Thema „10 Jahre NÖ Landtag in St. Pölten“ für beendet.

Ich komme jetzt zum Tagesordnungspunkt Mitteilung des Einlaufes. Hinsichtlich der seit der letzten Sitzung bis zum Ablauf des gestrigen Tages eingelaufenen Verhandlungsgegenstände, deren Zuweisung an die Ausschüsse, der Weiterleitung von Anfragen und der eingelangten Anfragebeantwortungen verweise ich auf die elektronische Bekanntmachung der Mitteilung des Einlaufes. Diese wird in den Sitzungsbericht der heutigen Landtagsitzung aufgenommen.

Für die heutige Sitzung wurde gemäß dem Redezeitmodell des NÖ Landtages vom 15. Mai 2003 in der Fassung vom 18. Mai 2006 folgende Kontingentierung zwischen den Vertretern der Klubs, Fraktionen bzw. Abgeordneten einvernehmlich festgelegt: Die Gesamtredezeit beträgt 220 Minuten. Auf Grund des zitierten Landtagsbeschlusses kommen demnach der ÖVP 88 Minuten, der SPÖ 62 Minuten, den Grünen 30 Minuten, der FPÖ 20 Minuten und dem Abgeordneten Mag. Ram 20 Minuten zu. Ich halte fest, dass Berichterstattungen, Wortmeldungen zur Geschäftsordnung, tatsächliche Berichtigungen und die Ausführungen des am Vorsitz befindlichen Präsidenten nicht unter die Redezeitkontingente fallen.

Heute sind noch eingelangt:

Ltg. 890/A-1/79 - Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Mag. Karner, Dr. Michalitsch, Friewald, Herzig, Dipl.Ing. Toms, Mag. Wilfing, Hiller, Nowohradsky, Ing. Hofbauer, Maier, Lembacher und Hensler betreffend Fall der Schengengrenze mit 1.1.2008.

Die Anfragen Ltg. 888/A-5/192, Anfrage der Abgeordneten Mag. Riedl, Hensler, Dipl.Ing. Eigner, Nowohradsky an Frau Landesrätin Karin Kadenbach und Ltg. 889/A-4/202, Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll. Die Anfragebeantwortungen zu Ltg. 841/A-5/178 von Herrn Landesrat Schabl, zu Ltg. 849/A-5/183 von Frau Landesrätin Kadenbach und zu Ltg. 853/A-4/192 von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll sowie Ltg. 860/A-4/194 von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll, Ltg. 867/A-4/197 und Ltg. 879/A-4/200 ebenfalls von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll.

Einlauf:

Ltg. 863/B-5/4 - Bericht des Rechnungshofes vom April 2007 über Abwasser-Verband Mariazellerland (Reihe Niederösterreich 2007/3) – wurde am 10.5.2007 dem Rechnungshof-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 864/B-5/5 - Bericht des Rechnungshofes vom April 2007 über Gemeindeverband Hauptschulgemeinde Gmünd (Reihe Niederösterreich 2007/4) – wurde am 10.5.2007 dem Rechnungshof-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 865/E-1/15 - Eingabe der Statutarstadt Wiener Neustadt vom 13.4.2007 betreffend Änderung des NÖ Polizeistrafgesetzes – wird dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 868/E-1/16 - Eingabe der Marktgemeinde Kottlingbrunn vom 7.5.2007 betreffend ‚Kleines Glücksspiel‘ – wurde am 10.5.2007 dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg.869/S-5/40 - Vorlage der Landesregierung vom 8.5.2007 betreffend Universitäts- und Forschungszentrum Tulln. – wurde am 10.5.2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 870/S-10 - Vorlage der Landesregierung vom 8.5.2007 betreffend NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz 2007 (NÖ SBBG 2007) – wurde am 10.5.2007 dem Sozial-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 871/B-2/10 - Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes vom Mai 2007 über das Bundesland Niederösterreich - Tätigkeit im Jahr 2006 (Reihe Niederösterreich 2007/5) – wird dem Rechnungshof-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 873/A-2/33 - Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Weninger u.a. betreffend Änderung des NÖ Polizeistrafgesetzes – wurde am 10.5.2007 dem Rechts- und Verfassungs-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 877/H-11/27 - Vorlage der Landesregierung vom 15.5.2007 betreffend Landesklinikum Waldviertel Zwettl, Zu- und Umbau – wurde am 15.5.2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.

Ltg. 878/H-11/28 - Vorlage der Landesregierung vom 15.5.2007 betreffend Landesklinikum Mostviertel Scheibbs, Sanierung Behandlungstrakt, Zu- und Umbau, Projekterweiterung – wurde am 15.5.2007 dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen und steht auf der Tagesordnung.

Ltg. 880/A-8/20 - Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Weninger, MMag. Dr. Petrovic, Waldhäusl, Mag. Ram und Hiller gemäß § 40 LGO 2001 auf Abhaltung einer Aktuellen Stunde in der Landtagssitzung am 24.5.2007

- zum Thema „10 Jahre NÖ Landtag in St.Pölten“.
- Ltg. 884/B-33/4 - Bericht der Landesregierung vom 22.5.2007 betreffend NÖ Gemeindeförderungsbericht 2006 – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 885/B-32/4 - Bericht der Landesregierung vom 22.5.2007 betreffend Bericht über die Landesentwicklung in den Bereichen Landeshauptstadt, Regionalisierung und Dezentralisierung sowie über die Tätigkeit der NÖ Landes-Beteiligungsholding GmbH 2006/2007 – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 886/B-38/4 - Bericht der Landesregierung vom 22.5.2007 betreffend Darstellung der Leasingverbindlichkeiten und Schuldeinlösungen des Landes sowie Darlehensaufnahmen der Fonds 2006 – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.
- Ltg. 887/V-5 - Vorlage der Landesregierung vom 22.5.2007 betreffend Voranschlag des Landes Niederösterreich für das Jahr 2008 – wird dem Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss zugewiesen.
- Anfragen:
- Ltg. 866/A-4/196 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Protokoll der Landeshauptleutekonferenz.
- Ltg. 867/A-4/197 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Sitzung der NÖ Landesregierung vom 8.5.2007.
- Ltg. 872/A-4/198 - Anfrage des Abgeordneten Waldhäusl an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Sanierung der Mörwald GmbH.
- Ltg. 874/A-5/188 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrat Mag. Sobotka betreffend kaum durchdachte, nicht patientInnen-gerechte Änderungen im Thermenklinikum Baden: Fehlende Überdachung beim Empfangsbereich für Einsatzwagen der Rettung in der Nacht.
- Ltg. 875/A-4/199 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Martin Fasan an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend mögliche Missachtung des NÖ Mobilfunkpaktes in Wr. Neustadt.
- Ltg. 876/A-5/189 - Anfrage der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber an Landesrat Mag. Sobotka betreffend Übernahme der KH Wiener Neustadt und Neunkirchen mit dem Jahr 2008 und Privatisierung (Private-Public-Partnership) als Trojanisches Pferd in der Landeskliniken-Holding.
- Ltg. 879/A-4/200 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Sitzung der NÖ Landesregierung vom 15.5.2007.
- Ltg. 881/A-5/190 - Anfrage des Abgeordneten Mag. Fasan an Landesrat Dipl.-Ing. Plank betreffend rechtswidriger UVP-Bescheid über Schotterabbau in St.Georgen am Ybbsfelde.
- Ltg. 882/A-5/191 - Anfrage des Abgeordneten Weiderbauer an Landesrat Schabl betreffend Bewilligung und mangelnde Kontrollen des so genannten kleinen Glücksspiels nach dem NÖ Spielautomatengesetz.
- Ltg. 883/A-4/201 - Anfrage der Abgeordneten MMag. Dr. Petrovic an Landeshauptmann Dr. Pröll betreffend Sitzung der NÖ Landesregierung vom 22.5.2007.
- Anfragebeantwortungen zu Ltg. 837/A-5/176 von Herrn Landesrat Schabl; zu Ltg. 840/A-5/177 von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Plank; zu Ltg. 842/A-

5/179 von Herrn Landesrat Mag. Sobotka; zu Ltg. 843/A-5/180 von Herrn Landesrat Schabl; zu Ltg. 844/A-5/181 von Herrn Landesrat Dipl.-Ing. Plank; zu Ltg. 845/A-4/189 von Herrn Landeshauptmann Dr. Pröll.

Ich ersuche Frau Abgeordnete Ebner, die Verhandlungen zu Ltg. 870/S-10 einzuleiten.

**Berichterstatlerin Abg. Ebner (SPÖ):** Geschätzter Herr Präsident! Geschätzte Landesregierung! Hoher Landtag! Ich berichte zum NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz.

Hoher Landtag! Zum Gesetzesentwurf wird berichtet: Der Bund und die Länder haben eine Vereinbarung gemäß Artikel 15a B-VG über Sozialbetreuungsberufe abgeschlossen. Durch diese Vereinbarung werden die Grundlagen für die Vereinheitlichung der Berufsbilder und Bezeichnung sowie einheitliche Qualitäts- und Ausbildungsstandards festgelegt. In sozial Betreuungsberufen tätige Personen erbringen wichtige Leistungen in der heutigen Gesellschaft. Auf Grund der steigenden Lebenserwartung bekommt die Betreuung von älteren Menschen immer mehr an Bedeutung. Ebenso die Unterstützung von Menschen mit Behinderung. Ein ausreichendes Angebot an motivierten Betreuungspersonen dient diesem Ziel.

Ich stelle daher den Antrag des Sozial-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz 2007 (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der vorliegende Gesetzesentwurf betreffend NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz 2007 wird genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Vorsitzender, ich ersuche um Einleitung der Debatte und um Abstimmung.

**Präsident Mag. Freibauer:** Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kollegen des Landtages!

Das NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz. Wir haben hier heute die Debatte darüber zu führen und auch zu entscheiden, ob die wesentlichen

Vorteile auch einige Nachteile überwiegen könnten. Aus der Berichterstattung geht hervor, es handelt sich hier darum, dass es auf Grund einer 15a-Vereinbarung zu einer Angleichung kommen soll. Wir wissen, seit 1996 gibt es hier eine landesgesetzliche Regelung in der einzelne Sozialbetreuungsberufe bereits beinhaltet sind. Jedoch gibt es österreichweit gesetzliche Unterschiede, andere Regelungen, uneinheitlich bzw. stark überschneidend. Daher ist es notwendig, das in eine Form zu gießen.

Und ich stehe auch dazu, dass es wichtig ist, dass man zu den Sozialbetreuungsberufen positiv steht. Dass hier der Bedarf immer größer wird, dass wir hier hervorragende, gut ausgebildete Personen zur Verfügung stellen sollen, weil unsere älteren Menschen ein Recht darauf haben, auch von ordentlichen Menschen mit ordentlicher Ausbildung ordentlich behandelt und betreut zu werden.

Und darum komme ich auch zu dem etwas Negativen im Gesetzesantrag. Ich verwehre mich dagegen, dass mit diesem Gesetzesbeschluss heute auch die EU-Konformität übernommen wird und daher auch in Zukunft Personen aus Drittstaaten, wo wir auf Grund dieses gesetzlichen Regelwerkes nicht nachkontrollieren können oder wollen ob die Ausbildung, der Standard, auch dem entspricht, was wir hier in Niederösterreich sehr wohl von unseren Frauen und Männern erwarten und auch haben. Viele tüchtige Frauen suchen sich hier einen Nebenerwerb, ob bei der Caritas, bei der Volkshilfe, ob bei vielen anderen Vereinigungen oder auch so.

Und ich verstehe nicht, dass wir hier ohne etwas kritisch anzumerken, uns damit abfinden, dass selbstverständlich mit dem Argument, das ist halt in der EU jetzt so und das müssen wir übernehmen, wir den Schutz unserer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer mit Füßen treten. Und ich sage es bewusst, mit Füßen treten. Denn dieser Beschluss heute, wenn er von euch hier heute gefasst wird, ist kein Beitrag zur Stärkung der in Niederösterreich tätigen Frauen und Männer, die hier in Sozialbetreuungsberufen tätig sind.

Ich verweise hier nur auf einen Punkt. Von den Möglichkeiten, die die Bestimmungen nach Paragraph-Richtlinie der EU bieten, da geht's über die Meldung, über die Vorlage von Nachweisen, über die Prüfung der Berufsqualifikationen, Unterrichtung von Dienstleistungsempfängern wird nicht Gebrauch gemacht. Naja, wieso nicht? Wieso wird hier nicht Gebrauch gemacht davon? Ich weiß schon, dass auf Grund der EU-Regelung Sozialbetreuungsberufe auch ohne vorherige Anerkennung ihrer

Ausbildung ihre Tätigkeit ausüben dürfen. Aber wir können sie nicht gleichsetzen. Wir dürfen sie nicht gleichsetzen! Und ich werde hier heute bei dieser Regelung eben im Interesse unserer vielen fleißigen und gut ausgebildeten Frauen und Männer diesem Gesetzentwurf aus diesen Gründen nicht zustimmen.

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber.

**Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Werte Kollegen und Kolleginnen!

Das NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz hat ja als 15a-Vereinbarung einen ziemlichen Vorlauf gehabt. Wir hatten das, vielleicht können Sie sich erinnern, im Jahr 2004 bereits hier im Landtag, da gab es auch Zustimmung von den Grünen. Es wurde im Jahr 2005 vom Bund beschlossen, auch durch Zustimmung der Grünen. Und heute haben wir die Umsetzung dieser 15a-Vereinbarung, von der ich glaube, dass sie doch in einigen Bereichen ziemlich hinkt und wir keinen guten Dienst den Sozialberufen tun, weil wir auch hier ganz insbesondere von einer Frauen dominierten Branche reden. Und so schaut es auch aus.

Es ist mir ein bisschen zu kurz gefasst, jetzt ist er nicht im Saal, wie der Herr Kollege Waldhäusl jetzt eingangs versucht hat, die Debatte in eine Richtung zu lenken, wo wir den Fokus jetzt auf unsere zirka 8.000 Menschen legen sollten die von Menschen aus den Nachbarländern gepflegt werden. Da steht ja jetzt das Hausbetreuungsgesetz an. Was ja auch dazu führen wird, dass das nichts mit unseren oder kaum mit unseren Trägerorganisationen zu tun hat, sondern dass diese Menschen, diese Frauen weiterhin nach Niederösterreich kommen und selbständig tätig werden.

Dennoch können wir die Debatte der letzten zwei Jahre nicht wegwischen. Ich darf auch erinnern, dass stets von ÖVP und SPÖ – und zwar auf Bundes- und Landesebene – öffentlich betont wurde, dass es einen Schnitt gibt. Das eine ist die Betreuung und das andere ist die Pflege. Wenn wir das heute hier beschließen, dann kommt es eben genau zu dieser Vermischung. Zu einer Vermischung, dass vor allem Frauen, die einen Sozialbetreuungsberuf gelernt haben, durch eine Zusatzqualifikation auch gewisse pflegerische Maßnahmen machen können. Jetzt sehe ich schon ein, dass sozusagen als ein praktischer Zugang das Vorteile hat. Einerseits für Trägerorganisationen, dass sie sich dann diplomierte Kräfte sparen

können, aber auch für den Ablauf zu Hause. Also wenn zu mir als ältere Person nicht zwei Personen kommen sondern nur eine, dann hat das eine Qualität. Das sei unbenommen und das kann man auch so machen.

Was man nicht machen kann ist, diese Berufe bundesweit zu harmonisieren, ihnen aber dann gleichzeitig keinen Berufsschutz zu geben, wie es da heißt „Tätigkeitsvorbehalt“. Das heißt, es pressiert genau in diesem Sozialbereich. Und das traut sich der Gesetzgeber auch immer, wenn es um den Sozialbereich geht und wenn diese Dienstleistungen vor allem von Frauen gemacht werden. Also so eine Gesetzesvorlage ohne irgend einen Berufsschutz kann ich mir in einer Männer dominierten Branche nicht vorstellen. Das traut man sich nur in Frauenbranchen! *(Beifall bei den Grünen.)*

Wir wissen ja, dass ja mehr als 1.800 Frauen jetzt diese Zusatzqualifikationen schon machen werden und sich die Gemeinden und auch wir als Land freuen weil wir jetzt eine höhere Qualität haben, aber wir müssen ihnen nicht mehr zahlen. Wenn wir in Niederösterreich eine wirkliche Qualitätsoffensive in diesem Bereich wollen – und es muss uns klar sein, dass das wirklich die große, soziale Herausforderung ist, die sich bis 2004 sich jedenfalls zuspitzen wird. Da muss man jetzt gerüstet sein, und jetzt endlich die Ausbildung auch im Bereich Pflege harmonisieren um den Frauen ein durchgängiges System mit Aufstiegschancen bieten zu können.

Wir werden daher einen Resolutionsantrag einbringen, der eben die Landesregierung auffordert - so viel zu den Rechten im NÖ Landtag, Herr Kollege Schneeberger, einen eigenständigen Antrag darf ich nicht stellen - einen Resolutionsantrag, wodurch die Landesregierung aufgefordert ist, bereits im Dienstpostenplan für 2008 genau diese Sozialbetreuungsberufe zu berücksichtigen und sie im Besoldungsschema zumindest an die diplomierten Krankenschwestern und Pflegerinnen heranzuführen.

Weiters dass genau dieser Tätigkeitsvorbehalt noch einmal mit den Ländern und mit dem Bund zu verhandeln ist. Denn nicht nur ich, sondern Sie wissen das auch aus dem Begutachtungsverfahren, viele sind sehendes Auges, dass dieses Lohn-dumping dort weiter geht. Das muss korrigiert werden.

Und ein Letztes, uns als Forderung an die Landesregierung ganz wichtig: Seit Jahren wird über eine Durchgängigkeit im Sozialwesen und

Gesundheitsbereich gesprochen von den Schulen bis hin zur Universität wo wir mittlerweile die Zustände haben, dass man zwar einen Universitätslehrgang hat, aber wenn eben eine, die seit Jahren in der Pflege war, gute Praktikerin ist, nicht die Matura hat, dann kann sie sich nicht gut weiter bilden.

Ähnlich wie wir es dann auch in der Bildung sehen werden, wobei ich glaube, dass wir uns einig sind, dass ein Meister reicht um auf die Universität zu gehen, so sind auch hier diese Barrieren endlich beiseite zu schaffen, damit die Frauen auch Aufstiegschancen haben. *(Beifall bei den Grünen.)*

Lassen Sie mich noch eingehen auf, ich glaube, das wird dann ein ÖVP-Antrag sein dem wir in der Form nicht die Zustimmung geben können, weil die ÖVP schon wieder einen Schritt weiter geht. Sie möchte, dass das Bundesgesetz insofern geändert wird, dass auch andere Berufsgruppen noch mehr pflegerische Maßnahmen machen können. Das würde eben Trägerorganisationen und die Länder und die Gemeinden noch mehr entlasten, in Niederösterreich vor allem primär auch die Gemeinden indirekt über den Finanzausgleich. Das geht zu schnell. Also dem muss ich von grüner Seite aus eine klare Absage erteilen.

Wir müssen jetzt einmal schauen, wie sich das bewährt. Wir müssen jetzt schauen, dass diese höhere Qualifikation abgegolten wird. Da wird es auch noch, hoffe ich, neuerliche Verhandlungen, was den Kollektivvertrag betrifft, weil der ist auch ganz, ganz nieder angesetzt, das geht auch nicht along für diese Frauen. Und ich sage nur dazu, in Oberösterreich ist man bereits diesen Weg gegangen. Diese Berufsgruppen sind im Besoldungsschema drinnen. Diese Gruppen sind im Dienstpostenplan drinnen. Und es ist mir einfach zu wenig, wenn ÖVP-Abgeordnete, wo man in der Regierung vertreten ist und die Mehrheit hat im Land, meinen, man muss da eine kleine Resolution machen. Man muss nichts hinterfragen, man muss auch keine Resolution einbringen als ÖVP. Man soll ganz einfach diese Berufsgruppen in den Dienstplan hineingeben und zwar jetzt, beginnend 2008. Danke! *(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gelangt Frau Abgeordnete Vladyka.

**Abg. Vladyka (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landeshauptmann! Werte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

Bereits 2004 habe ich zum damaligen Regierungsbeschluss über die 15a-Vereinbarung

betreffend einheitliche Regelung für Sozialberufe meine Anmerkungen gemacht. Damals habe ich meine Rede begonnen mit den Worten „Endlich kommt eine einheitliche Regelung für die Sozialberufe. Weitere Verbesserungen müssen aber raschest folgen.“ Das war 2004.

Heute, drei Jahre später, sind wir endlich wieder einen wesentlichen Schritt weiter gekommen. Warum ist das so wichtig? Nun, wenn ich an die demografische Entwicklung denke, der zufolge bereits 2011 mit einer Zahl von 800.000 pflegebedürftigen Personen zu rechnen ist, erfordert dies natürlich besondere Aufmerksamkeit und auch damit notwendige Rahmenbedingungen. Und wenn in diesem Zusammenhang zwar immer von einer Überalterung unserer Gesellschaft gesprochen wird, muss man aber in erster Linie betonen, dass dies eine der größten medizinischen und gesellschaftlichen Erfolge darstellt, dass wir Menschen immer älter werden dürfen. Die Frage ist aber, und das ist eine Frage der Politik und der Wirtschaft genauso, eine Frage, die wir uns alle stellen müssen: Wie werden wir älter und wie können wir diese Rahmenbedingungen dafür schaffen, damit dieses Älter werden möglichst selbstbestimmt, möglichst in Gesundheit und dort, wo notwendig, mit bestmöglicher Unterstützung auch funktionieren kann.

Und da komme ich schon zur Pflege. Aber wichtig dabei ist, dass wir nicht von der Pflege generell sprechen können, wo es eine generelle Antwort gibt. Denn genauso wenig können wir von den Alten sprechen. So vielfältig, so bunt, so individuell, so persönlich wie die ältere Generation ist, genauso individuell bunt und vielfältig müssen unsere Antworten sein wenn wir über Pflege und Betreuung von älteren Menschen sprechen.

Bei allen Maßnahmen die es zu treffen gilt, ist eines für mich selbstverständlich: Dass der Mensch im Mittelpunkt stehen muss. Wenn wir nun über die bundesweite Harmonisierung und Anerkennung der Sozialbetreuungsgesetze sprechen, die einheitliche Grundsätze bei Ausbildung und bei den Tätigkeitsbereichen schaffen soll, die auch ein modulares Ausbildungssystem ermöglicht, durchlässig ist und berufliche Mobilität schafft, dürfen wir nie dabei vergessen, wofür es im Endeffekt geht. Einerseits ist es selbstverständlich dass die Menschen bestmöglich betreut werden, aber auch die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter brauchen die nötigen Rahmenbedingungen.

Also wenn wir sagen, im Mittelpunkt steht der Mensch, ist das einerseits ein Plädoyer dafür, trotz aller Finanzierungsstruktur-Diskussionen nie darauf

zu vergessen um wen es eigentlich geht. Aber es ist auch ein Plädoyer dafür zu sagen, vergessen wir bitte nicht dass es sich auch bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, im Übrigen, und es ist ja schon angeklungen, mehrheitlich um Frauen, wie wir alle wissen, handelt. Damit es auch denen gut geht. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Pflege, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist schwere, körperlich schwere, emotional, psychisch schwere Arbeit. Es ist eine erfüllende Arbeit, es ist eine schöne Arbeit, aber es ist eine schwere Arbeit. Deswegen denke ich, dass wir diese Aufgabe und die Situation der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei allen Diskussionen, die wir führen, nie vergessen dürfen. Und einen diesbezüglichen Antrag, das ist auch schon angesprochen worden, hinsichtlich Einsatz und Besoldung der Fach- und Diplomsozialbetreuerinnen werden wir ja gemeinsam mit der ÖVP heute im Anschluss einbringen.

Daher wichtig: Langfristige und sorgfältige Planung im Bereich der Pflege und allem was dazu gehört. Die demografische Entwicklung, habe ich schon gesagt, liegt auf der Hand. Sie ist so wichtig und herausfordernd für uns alle. Oberstes Ziel muss sein, dass die Menschen, wenn sie Betreuung brauchen, diese möglichst lange in den eigenen vier Wänden erhalten können. Denn die Menschen wollen möglichst lange zu Hause in ihrem Umfeld leben. Das heißt aber auch, dass der Ausbau der ambulanten Dienste ein absoluter Schwerpunkt sein muss. Die Angebote selber sollen sehr flexibel, individuell und unterschiedlich sein.

Neben der Pflege zu Hause brauchen wir zusätzlich eine breite Palette an Angeboten, wie zum Beispiel Kurzzeitpflege, Übergangspflege, Urlaubspflege um nur einige zu nennen. Und ich denke, dass wir gerade in diesem Bereich sehr offen innovativen Projekten gegenüber sein sollen. Mit unseren Partnern, wie zum Beispiel der Volkshilfe, Diakonie, Hilfswerk und Caritas, um nur einige zu nennen, haben wir Organisationen, die hier vorbildlich arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Dort, wo die Menschen nicht mehr zu Hause betreut werden können und stationäre Pflege brauchen, müssen die Einrichtungen auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmt und stets auf dem neuesten Stand sein. Ich habe aber bereits in meinen letzten Reden, als es um das Ausbauprogramm der Pflegeheime ging oder bei der letzten Landtagssitzung zur Übernahme des Pro Seniorenheimes mit der Umwandlung in ein

neues Pflegeheim in Hainburg a.d. Donau auf diese Bedürfnisse hingewiesen.

Als ein weiteres, wichtiges Angebot sehe ich die Notwendigkeit von Einrichtungen, wie zum Beispiel Tagesbetreuungscentren. Und meine sehr geschätzten Damen und Herren, wir haben ja bei der vergangenen Budgetdebatte 2006 einen Antrag, einen Resolutionsantrag einstimmig beschlossen, in dem die NÖ Landesregierung aufgefordert wurde, hier innerhalb eines Jahres eine niederösterreichweite Bedarfsstudie erstellen zu lassen und diese dem NÖ Landtag vorzulegen. Das ist meines Wissens nach bis heute nicht geschehen. Oder wenn ja, wo ist diese Studie? Wann wurde sie veranlasst? Liegt sie vor? Wenn ja, wo? Wann wird sie präsentiert, meine sehr geschätzten Damen und Herren, und wann werden die daraus ersichtlichen Daten und die Tagesbetreuungsplätze, die notwendig sein werden, geschaffen? Welche Fördermaßnahmen sind hierfür vorgesehen? Meines Wissens nach liegt hier ein großes Versäumnis vor, das ich nunmehr auch einfordern möchte. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Denn eines ist klar: Gerade diese Tagescentren sind von größter Notwendigkeit. Denn hier können ältere Menschen unter Tags betreut werden. Sie können remobilisiert werden. Dort gibt es therapeutische Betreuung, Gymnastik, es gibt Körperpflege und natürlich, nicht zu vergessen, auch die richtige und notwendige Versorgung. Sie stellen einen wichtigen Beitrag für Menschen dar, die zu Hause noch leben wollen in ihrem eigenen Umfeld, damit sie diese Möglichkeit auch länger haben können.

Tagescentren, meine sehr geschätzten Damen und Herren, sind aber auch – und das ist der zweite, mindestens genauso wichtige Aspekt – eine ganz große Unterstützung für pflegende Angehörige. Das heißt, wir müssen die vielen unterschiedlichen Angebote von Heimhilfe, medizinischer Krankenpflege bis hin zu stationärer Pflege und Betreuung differenzieren. Dazu kommt dann noch das Angebot der neuen Idee, der 24-Stundenbetreuung, die meiner Ansicht nach ja ein eigenes Berufsbild erfordert und wo es bereits gute Vorschläge gibt, die nunmehr auch am Tisch liegen.

Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Dieses heute zu beschließende Gesetz, die Sozialbetreuungsberufe betreffend, stellt für mich daher einen weiteren, wichtigen Schritt in die richtige Richtung dar. Wir dürfen aber nicht hier stehen bleiben, wir müssen zum Wohle unserer Mitmenschen weiter arbeiten. Abschließend darf ich

mich bei allen, die tagtäglich zum Wohle unserer Mitmenschen tätig sind, auf das Herzlichste bedanken. Wir werden dieser Vorlage gerne unsere Zustimmung erteilen. Danke! (*Beifall bei der SPÖ.*)

**Präsident Mag. Freibauer:** Jetzt bitte ich noch die Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber um eine Unterstützung. Und zwar, Sie haben geredet über Ihren Resolutionsantrag, Sie haben ihn auch mündlich begründet, Sie haben ihn aber nicht vorgelesen. Und für unser Protokoll ist wichtig, dass Sie als wesentlichen Teil Ihren Antrag vorlesen. (*Abg. Dr. Krismer-Huber: Eine Leseübung wollen Sie?*)

Das gehört sich aber, sonst ist es nicht protokolliert. Bitte, ich lade Sie ein, höflichst, uns zu unterstützen. Die Begründung nicht. Nur den Antrag brauchen wir.

**Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne):** Also für das Protokoll:

„Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Dr. Petrovic, Mag. Fasan und Weiderbauer zum Verhandlungsgegenstand Antrag des Sozial-Ausschusses, Ltg. 870/S-10, Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz 2007 (NÖ SBBG 2007) betreffend Stärkung des Images von Sozialbetreuungsberufen durch Aufnahme in den Dienstpostenplan und Erhöhung des Gehalts.

Seit Beschluss dieser 15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern im Jahr 2004, respektive 2005 durch den Bund hatte Österreich eine breite öffentliche Diskussion über Pflege und Betreuung abgeführt. Nicht zuletzt stand Niederösterreich aufgrund der hohen Anzahl an gesetzlich nicht gedeckten Rahmenbedingungen für Pflege und Betreuung durch ausländische Kräfte im Brennpunkt. Hier gibt es aufgrund von ‚Amnestie‘ für diese in Österreich illegal beschäftigten Kräfte und gesetzliche Änderungen wie im Hausbetreuungsgesetz kurzfristige Lückenschlüsse. Offen ist aber nach wie vor die Finanzierungsfrage.

Nichtsdestotrotz stehen die Länder und der Bund vor der großen Herausforderung eines zunehmenden Betreuungs- und Pflegebedarfes in den nächsten Jahrzehnten mit voraussichtlichem Höhepunkt im Jahr 2040. Vor diesem Hintergrund ist eine bundeseinheitliche Ausbildung und damit Anerkennung von Sozialbetreuungsberufen ein wichtiger Baustein, um den Herausforderungen gewachsen zu sein.

In der Diskussion zum so genannten ‚Pflegetnotstand‘ wurde im letzten Jahr von allen Seiten betont, dass Betreuung und Pflege nicht zu vermischen sind. Mit dem nun vorliegenden Gesetz zu Sozialbetreuungsberufen soll es aber Betreuenden nun ermöglicht werden, auch pflegerische Maßnahmen vorzunehmen. Aus praktischer Sicht ist diese Veränderung sowohl für das Management innerhalb der Trägerorganisationen als auch für die zu Betreuenden und Pflegenden ein Vorteil. Diese ‚Rationalisierungsmaßnahme‘ geht aber auf Kosten des Personals, also fast ausschließlich zu Lasten von Frauen. Sie werden besser ausgebildet und leisten noch mehr verantwortliche Tätigkeiten, erhalten aber nicht mehr Entlohnung. Hinzu kommt noch, wie bereits im Begutachtungsverfahren vom Dachverband für Altenfachbetreuung kritisiert, ein Lohndumping in dieser ‚Frauenbranche‘.

Ein Gemeinwesen wird auch daran gemessen, wie wir die Arbeit mit und für Menschen, die Hilfe brauchen, abgelten. Alleine der Kollektivvertrag im Gesundheitsbereich (BAGS-KV) gibt Zeugnis darüber ab: Wenig Bezahlung für hoch sensible Dienstleistungen im Gesundheits- und Sozialbereich. Es braucht eine Imagekorrektur in diesem Bereich, die beim Gehalt beginnt. Soziale Dienstleistungen werden fast ausschließlich von Frauen erbracht. Eine Einkommenssituation wie diese wäre in einer männerdominierten Branche denkunmöglich.

Für wenig zielführend wird auch der Verzicht auf einen ‚Tätigkeitsvorbehalt‘ angesehen. Damit haben diese Berufsgruppen keinen Berufsschutz für definierte Tätigkeitsbereiche. Nach wie vor können angelernte Hilfskräfte auch betreuen. Somit besteht die begründete Gefahr eines weiteren Lohndumpings in diesem Sozialbereich zu Lasten von Frauen in Betreuung und Pflege Bedürftiger. Mehr Qualifikation muss sich beim Gehalt widerspiegeln und gewisse Tätigkeiten dürfen nur von diesen qualifizierten Kräften durchgeführt werden. Nur so erfährt unser Sozialsystem eine wirklichen Quantensprung in der Qualität und damit Sicherung eben dieser.

Das Land Niederösterreich hat als öffentliche Hand mit gutem Beispiel voran zu gehen. Oberösterreich hat bereits gezeigt, dass Sozialbetreuungsberufe im Stellenplan auszuweisen sind und dass DiplomfachbetreuerInnen gleich viel Gehalt wie Diplomiertes Kranken- und Pflegepersonal erhalten müssen.

Die Gefertigten stellen daher gem. § 60 LGO folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

1. „Die Landesregierung wird aufgefordert,

bereits für das Jahr 2008 im Dienstpostenplan, Sozialbetreuungsberufe in den erforderlichen Bereichen und Betrieben explizit anzuführen;

diese Berufe im Besoldungsschema des Landes aufzunehmen; die diplomierten SozialbetreuerInnen sind an das Gehalt von Diplomiertem Kranken- und Pflegepersonal heranzuführen.

2. Die Landesregierung wird aufgefordert, an den Bund und die Länder heranzutreten,

um den Tätigkeitsvorbehalt zu implementieren und

Verhandlungen aufzunehmen, damit raschest an einer bundesweit harmonisierten Ausbildung im Gesundheitswesen für alle Berufsgruppen gearbeitet werden kann. Die Durchlässigkeit muss auf allen Ebenen gewährleistet werden.“

*(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zum Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Doppler.

**Abg. Doppler (ÖVP):** Geschätzter Herr Präsident! Werte Mitglieder der Landesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ich möchte mich heute mit dem NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz 2007 befassen. In der vom Bund und den Ländern abgeschlossenen Vereinbarung gemäß Art. 15a über Sozialbetreuungsberufe wurden die Grundlagen für die Vereinheitlichung der Berufsbilder und Berufsbezeichnungen sowie einheitliche Qualitäts- und Ausbildungsstandards festgelegt. Doppelgleisigkeiten sollen daher in Zukunft verhindert werden.

Der nun zur Beschlussfassung vorliegende Entwurf dient der Umsetzung der genannten Vereinbarung und soll am 1. Juli 2007 in Kraft treten. In diesem Entwurf werden im Wesentlichen geregelt: Die Ausbildung und die Tätigkeitsbereiche, die Berufsbilder der Sozialbetreuungsberufe, die Voraussetzungen zur Führung der Berufsbezeichnung, die Gleichwertigkeit und Anerkennung anderer Ausbildungen, die Überprüfung des Vorliegens der Voraussetzung für die Führung der Berufsbezeichnung und die Überleitung der nach dem früheren Gesetz über die Ausbildung für Sozialberufe anerkannten

Berufsausbildungen in die Berufsbilder des neuen Systems.

Folgende Berufsbilder werden im vorliegenden Entwurf geregelt: Heimhelferin oder Heimhelfer, Fachsozialbetreuerin und Fachsozialbetreuer mit den Schwerpunkten Altenarbeit, Behindertenarbeit, Behindertenbegleitung. Und ebenso Diplomsozialbetreuerin oder Diplomsozialbetreuer mit den gleichen Arbeitsschwerpunkten: Altenarbeit, Familienarbeit, Behindertenarbeit und Behindertenbegleitung. Ganz wesentlich ist dabei, dass keine Festlegung darauf erfolgt, dass zum Berufsbild der Sozialbetreuungsberufe gehörende Tätigkeiten nur von diesen Berufsangehörigen ausgeübt werden dürfen.

Kein Tätigkeitsvorbehalt. Tätigkeiten, die in diesem Entwurf bei der Beschreibung des Berufsbildes angeführt werden, dürfen also auch von Personen ausgeübt werden, die keine Ausbildung im Sinne dieses Entwurfes absolviert haben. Sie dürfen allerdings nicht die entsprechende Berufsbezeichnung führen. Der Gesetzesentwurf berücksichtigt auch die zwingenden gemeinschaftlichen Bestimmungen der Richtlinie 2005, 36 EG, über die Anerkennung von Berufsqualifikationen.

Im Zuge des Begutachtungsverfahrens zu diesem Gesetz wurde insbesondere auf zwei Problemfelder hingewiesen, die aber nicht in der gegenständlichen Landtagsvorlage geregelt werden können. Zum Einen betrifft dies die Erweiterung des pflegerischen Berechtigungsumfanges, der Fachsozialbetreuerinnen mit Schwerpunkt Altenarbeit. Zum Anderen die besoldungsrechtliche Stellung dieser Personengruppe.

Dazu ist anzumerken: Die gewünschte Erweiterung des pflegerischen Berechtigungsumfanges der Fachsozialbetreuerinnen mit Schwerpunkt Altenarbeit kann nur durch eine Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes geregelt werden. Derzeit wird eine Evaluierung des Personalbedarfberechnungs-Projektes im Bereich der Landesheime durchgeführt.

Im Zuge dieser Evaluierung sollte auch das Ausmaß des Einsatzes von Fachsozialbetreuerinnen in den Landesheimen überprüft werden. Außerdem wäre auch der Einsatzbereich der Diplomsozialbetreuerinnen zu überlegen. In der weiteren Folge wäre dann die Höhe der Besoldung dieses Personenkreises zu hinterfragen. Ich stelle daher, wie die Frau Kollegin Vladyka bereits angemerkt hat, nachstehenden Resolutionsantrag (*liest:*)

## „Resolutionsantrag

der Abgeordneten Doppler und Vladyka zur Vorlage der Landesregierung betreffend NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz 2007 (NÖ SBBG 2007), Ltg. 870/S-10, betreffend Einsatz und Besoldung von FachsozialbetreuerInnen und DiplomsozialbetreuerInnen für Altdienste.

Im NÖ Sozialbetreuungsberufegesetz 2007 werden für die Sozialbetreuungsberufe einheitliche Berufsbilder und Ausbildungen geregelt.

Folgende Berufsbilder werden von diesem Gesetz umfasst: HeimhelferInnen, FachsozialbetreuerInnen und Diplomierte SozialbetreuerInnen.

Auf Basis der bisherigen landes-gesetzlichen Grundlage wird in den 8 Standorten der Fachschulen für Altdienste und Pflegehilfe in den letzten 10 Jahren eine hohe Zahl von AltenfachbetreuerInnen ausgebildet, und sehr viele dieser Absolventen schon in den stationären Einrichtungen und sozialen Diensten beschäftigt. Alleine in den Landesheimen sind mehr als 500 Personen mit dieser Ausbildung beschäftigt.

Im Zuge des Begutachtungsverfahrens wurde speziell auf zwei Problemfelder hingewiesen, die aber nicht in der gegenständlichen Landtagsvorlage geregelt werden können. Zum einen betrifft dies die Erweiterung des pflegerischen Berechtigungsumfanges der FachsozialbetreuerInnen mit Schwerpunkt Altenarbeit, zum anderen die besoldungsrechtliche Stellung dieser Personengruppe. Ersteres kann aber nur durch eine Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes geregelt werden.

Zur Zeit läuft die Evaluierung des Personalbedarfsberechnungsprojektes im Bereich der Landesheime. Im Zuge dieser Evaluierung wäre es auch angebracht, das Ausmaß des Einsatzes der FachsozialbetreuerInnen in den Landesheimen zu überprüfen.

Weiters wäre der Einsatzbereich der DiplomsozialbetreuerInnen zu überlegen. Erst in weiterer Folge wäre die Höhe der Besoldung zu hinterfragen.

Die Gefertigten stellen daher den Antrag:

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert

1. beim Bund - im speziellen beim Gesundheitsministerium – auf eine diesbezüglich notwendige Novelle des Gesundheits- und Krankenpflegegesetzes zu drängen.
2. beim derzeit in Evaluierung befindlichen Personalbedarfsberechnungsprojekt den Einsatz der FachsozialbetreuerInnen und DiplomsozialbetreuerInnen mit zu berücksichtigen und in der Folge die Besoldung zu hinterfragen.“

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass durch dieses Gesetz die Vereinbarung zwischen dem Bund und den Ländern gemäß Artikel 15a über Sozialbetreuungsberufe von Niederösterreich fristgerecht umgesetzt wird und einheitliche berufsrechtliche Regelungen für den Bereich der Sozialbetreuung geschaffen werden. Die ÖVP-Fraktion dieses Hauses wird daher dem vorliegenden Gesetzentwurf sehr gerne die Zustimmung erteilen. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Die Rednerliste ist erschöpft. Die Berichterstatterin hat das Schlusswort.

**Berichterstatterin Abg. Ebner (SPÖ):** Ich verzichte!

**Präsident Mag. Freibauer:** Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Sozial-Ausschusses, Ltg. 870/S-10:)* Gegenstimmen? Eine Gegenstimme von Herrn Abgeordneten Waldhäusl. Also mit großer Mehrheit angenommen.

Es liegen zwei Resolutionsanträge vor zur Abstimmung. Der erste Resolutionsantrag von Frau Abgeordneter Dr. Krismer-Huber u.a. *(Nach Abstimmung über diesen Resolutionsantrag:)* Es stimmen dafür nur die vier Abgeordneten der Grünen. Der Antrag ist damit abgelehnt.

Zweiter Antrag, Resolutionsantrag der Abgeordneten Doppler und Vladyka. *(Nach Abstimmung:)* Danke. Gegenstimmen? Vier Gegenstimmen von den Grünen. Alle anderen sind für den Antrag. Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich ersuche Herrn Abgeordneten Dipl.Ing. Eigner, die Verhandlungen zu Ltg. 855/A-1/78 einzuleiten.

**Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Eigner (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine anderen Herren Präsidenten! Geschätzte Mitglieder der Landesregierung! Hoher Landtag! Ich berichte zum Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Moser, Hofmacher, Rinke, Grandl, Hiller und Lembacher betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes – Klassenschülerhöchstzahl in Berufsschulen, Ltg. 855/A-1/78.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vor einiger Zeit wurde entsprechend eines Beschlusses dieses Landtages in allen allgemein bildenden Pflichtschulen Niederösterreichs die Klassenschülerhöchstzahl auf 25 gesenkt um die Unterrichtsqualität zu steigern. Auch die Bundesregierung hat in ihrem Regierungsprogramm diese Reduzierung der Klassenschülerhöchstzahl auf 25 vorgesehen. Nun soll das auch sinngemäß ab dem Schuljahr 2007/08 auf die berufsbildenden Schulen Niederösterreichs ausgedehnt werden. Die Rahmenbedingungen sind den Abgeordneten bekannt. Ich darf den Antrag verlesen (*liest:*)

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Der Dem Antrag der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Dworak u.a. beiliegende Gesetzentwurf betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes wird in der vom Ausschuss beschlossenen Fassung genehmigt.
2. Die NÖ Landesregierung wird beauftragt, das zur Durchführung dieses Gesetzesbeschlusses Erforderliche zu veranlassen.“

Herr Präsident! Ich ersuche, die Debatte einzuleiten und den Antrag zur Abstimmung zu bringen.

**Präsident Mag. Freibauer:** Ich eröffne die Debatte. Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Mag. Ram.

**Abg. Mag. Ram:** Geschätzter Herr Präsident! Werte Damen der Landesregierung! Geschätzter Dritter Präsident! Kolleginnen und Kollegen!

Auf Grund der heutigen Feierstunde möchte ich meine Ausführungen sehr kurz halten. Sie kennen alle den Bericht. Es ist so, dass wir in den letzten Wochen und Monaten dieses Thema Klassenschülerhöchstzahl-Senkung schon mehrmals hier im Landtag hatten. Ich habe schon damals gesagt, es wäre wünschenswert, dass diese Senkung auch für die Berufsschulen gilt, um auch die Gleichstellung der Lehrlinge mit den anderen Schülern auch hier zu symbolisieren und

hierfür auch einen Beitrag zu leisten. Deshalb freue ich mich über den heutigen Antrag und werde gerne zustimmen. (*Beifall bei der ÖVP und Abg. Weiderbauer.*)

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Waldhäusl.

**Abg. Waldhäusl (FPÖ):** Herr Präsident! Kollegen des Landtages!

Auch seitens der FPÖ wird es zu diesem Gesetzesantrag, zu dieser Änderung des Pflichtschulgesetzes eine Zustimmung geben. Auch wir haben ja in vielen Debattenbeiträgen, bei Aktuellen Stunden zu Bildungsschwerpunkt, Bildungs Offensive uns dafür ausgesprochen, dass das notwendig ist. Ich habe immer gesagt, ich frage mich nur warum das nicht gleich gemacht wird. Wieso muss man das eigentlich später machen? Es wäre ja eigentlich auf der Hand gelegen, dass man das gleich durchsetzt. Weil ja für mich die Berufsschulen genauso wichtig sind wie alle anderen Schulen. Und wir haben diese Möglichkeit gehabt. Ich würde sogar jetzt anmerken: Vielleicht ist der Stellenwert der Berufsschulen hier für die Mehrheitspartei doch nicht so groß, weil sie jetzt erst draufgekommen sind, dass es Berufsschulen auch noch gibt. Ich hoffe, sie wissen es jetzt. Denn für mich sind Berufsschulen genauso wichtig wie alle anderen. Nur wenn man es sich anschaut, diese Gesetzeswerdung merkt man, dass für einige in diesem Haus es leider nicht der Fall war. Und das sind diejenigen, die hier in diesem Land alles entscheiden können. Tun und wollen wann, wie und vor allem wieso sie es tun. Und das werde ich jetzt so hinterfragen. Für mich ist der Stellenwert der Berufsschulen oberste Stellung. Denn man darf hier nicht unterscheiden ob Karriere mit Lehre oder Studium. Alle Menschen die sich weiterbilden, die eine erfolgreiche Berufsausbildung ablegen, absolvieren und dann berufstätig sind, sind für uns sehr, sehr wichtig. In jedem Bereich. Daher zu spät, aber doch.

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Weiderbauer.

**Abg. Weiderbauer (Grüne):** Herr Präsident! Sehr geehrte Mitglieder der Landesregierung! Hohes Haus!

Ich werde mich jetzt in die Reihe der Kurzrednerinnen nicht einordnen, es wird vielleicht ein bisschen länger dauern. Es ist ja bemerkenswert, aber durchaus erfreulich, dass in den letzten Landtagssitzungen sehr viel über Bildungspolitik diskutiert wurde und dass auch Entscheidungen

getroffen werden. Das hätte man durchaus schon früher machen können und wäre durchaus zum Wohl unserer Schulen in Niederösterreich gewesen.

Wir haben in der Jänner-Sitzung, der Kollege Waldhäusl hat das schon angeschnitten, einen ähnlichen Beschluss für Volksschulen, Hauptschulen, Polytechnische Schulen und Sonderschulen gefasst. Natürlich kommen die Berufsschulen erst jetzt dran, weil es Probleme gegeben hat durch das Kurssystem, das eben anders ist als in den Pflichtschulen bzw. waren Gespräche dafür notwendig. Und natürlich ist nicht dieser Gesetzesantrag heute auf der Tagesordnung, weil ich im Ausschuss darauf aufmerksam gemacht habe. Aber im Prinzip ist es, meine Damen und Herren, völlig egal warum das nicht im Jänner, sondern erst heute passiert. Wichtig ist es und die Hauptsache ist, dass es überhaupt in den Berufsschulen auch zur Anwendung kommt. Und für mich stellt sich irgendwie dar, dass es auch sehr wichtig ist und eine Hauptsache ist, dass der Landeshauptmann verordnen kann oder Anordnungen treffen kann. Denn, ich habe auch in der Zeitung gelesen, er ordnet an, dass in den Berufsschulen die Klassenschülerinnenzahlen gesenkt werden. Also es ist schon bemerkenswert, was in der letzten Zeit der Bildungssprecher der ÖVP, Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll, alles für Anordnungen und Verordnungen getroffen hat. Da waren einmal die Bildungsregionen, die Senkung der Klassenschülerinnenhöchstzahl. Und man sehe und staune, die gemeinsame Schule der 6- bis 12-Jährigen. Pisa sei Dank, muss man an dieser Stelle sagen, dass auch innerhalb der ÖVP sich mittlerweile durchgesprochen hat, dass einfach mit 10 Jahren die Entscheidung zu früh stattfindet und dass man das nach hinten verlegen sollte. Deswegen diese Forderung. Und was immer wieder kommt seitens des Landeshauptmannes und seitens der ÖVP: Es ist ganz, ganz wichtig der eigenständige Weg in Niederösterreich. Was ich im Bildungsbereich doch für nicht besonders zielführend halte oder hielte, denn hier sollte man doch im Gleichklang mit den anderen Bundesländern vorgehen.

Ein ganz besonderer Hit ist die letzte Anordnung, die morgen in die Realität umgesetzt wird, das ist dieser Tag der offenen Tür in den Hauptschulen. Wenn man zurück überlegt, was war eigentlich die Ursache für diesen Einfall, für diese Idee, dann ist es deswegen passiert, weil einfach nach wie vor ein ungebremster run auf die AHS-Unterstufen besteht. Das muss man so zur Kenntnis nehmen. Das hatte auch die Ursache oder zur Folge gehabt, dass es große Probleme mit dem

Platz in diesen Schulen gegeben hat. Wurde angeblich gelöst.

Diesen Platzmangel hat man in den Hauptschulen nicht, das steht auch fest. Und man verordnet jetzt etwas was ohnehin in den Schulen schon längst gemacht wird und wurde, aber die Problemlösung eigentlich nicht darstellt. Dementsprechend gibt es auch Reaktionen der Kolleginnen, ich habe mit einigen gesprochen. Erspare mir jetzt das auszuführen um mir nicht einen Ordnungsruf einzuhandeln. Aber sie haben im Prinzip Recht. Wie geht man hier mit der Autonomie in den Schulen um? Diese Schulen machen Jahresplanungen wo natürlich Tage der offenen Tür oder Informationsveranstaltungen schon geplant sind. Und jetzt drückt man ihnen sozusagen aufs Aug, ihr müsst das alles am 25. Mai, einen Tag vor Beginn der Pfingstferien machen. Und dazu kommt noch, es gibt jetzt ein sensationelles Geschenk: Es gibt diesen sogenannten Medienkoffer! Es ist so, dass jetzt das Hightech-Zeitalter in den Hauptschulen einziehen wird. Also wenn man sich das überlegt, dass da drinnen ein DVD-Player ist, Mehrfachstecker oder sonst andere Dinge, Anschluss für Laptop, ja, ist das auch eine sensationelle Errungenschaft, die es natürlich auch schon längst in den Hauptschulen gibt. Die haben sich schließlich und endlich selber darum gekümmert und versucht selber das Geld dafür aufzutreiben dass sie am letzten Stand der Technik sind.

Natürlich ist es positiv wenn es Geld für Ausstattung gibt in den Schulen. Aber was wir dringend brauchen ist Geld für Personal, das die Lehrerinnen in ihrer immer schwieriger werdenden Arbeit unterstützt. Und dazu ist noch zu sagen, dass noch die zwei Förderstunden mehr, die es im nächsten Jahr geben wird, das Problem nicht lösen werden. Das ist sicherlich eine Erleichterung. Aber insgesamt, meine Damen und Herren, wird man mit Kosmetiklösungen im Bildungsbereich nicht auskommen und die Imageverbesserung der Hauptschule ist wahrscheinlich dadurch auch nicht lösbar. Denn es kann nur in die Richtung gehen, wir sind ja vielleicht am richtigen Weg. 6 bis 12 Jahre gemeinsame Schule, daraus sollte werden 6 bis 15 Jahre gemeinsame Schule. Ich glaube, dass hier mit einem Schlag die Probleme gelöst werden könnten.

Wenn ich diesen Maßnahmen- oder diesen Verordnungskatalog des Herrn Landeshauptmannes mir überlege, ich habe schon einige Dinge aufgezählt, geht mir ein entscheidender Punkt ab. Ich habe das immer wieder angeführt: Wann kommt endlich die Anordnung, dass das Objektivierungs-

verfahren in Niederösterreich, was die Leiterinnenbestellungen anbelangt, verbessert wird, erneuert wird. (*Beifall bei den Grünen.*)

Trotz vermehrter Einsprüche, die es immer wieder gibt und sehr unerfreulichen Situationen in Schulen, wo einfach der falsche Leiter, die falsche Leiterin bestellt wurde, ist man sich hier interessanterweise, vor allem auch SPÖ, ÖVP einig, nichts zu ändern, das gibt es alles schon, ist perfekt, es ist wunderbar. Trotzdem werden nach wie vor die Leiterinnenstellen nach der Parteizugehörigkeit eingeteilt.

Aber zurück zur Berufsschule. Das ist ja das Thema dieses heutigen Tagesordnungspunktes. Natürlich wird auch hier die Senkung der Klassenschülerinnenhöchstzahl zu einer Effizienzsteigerung des Unterrichts beitragen, keine Frage. Ein Problem, das an mich herangetragen wurde seitens eines Berufsschullehrers ist Folgendes: In dem Gegenstand Praktikum ist es derzeit so, dass der 25. in drei Gruppen teilt. Das heißt, wenn 25 Schülerinnen sind, gibt es drei Praxisgruppen. Kann man sich leicht ausrechnen wie viele das sind. Wären es nur 24, hätte man zwei mit 12 Schülerinnen. Was in den Praxisgruppen in der Umsetzung nicht sehr gut funktioniert. Weil Verletzungsgefahr besteht, weil man einfach zu wenig Geräte hat usw. Also das sollte man noch bei den Gruppengrößen bedenken.

Was ich beim letzten Mal bei der Aktuellen Stunde „Berufschancen“ angeschnitten habe war das Thema Modularisierung in den Berufsschulen. Hier versucht man, neue Wege zu gehen, indem man sagt, wir machen bei der Ausbildung ein Grundmodul, ein Hauptmodul und ein Spezialmodul. Ist irgendwie im Versuchsstadium stecken geblieben unter dem Slogan Lehre 2010. Sollte aber unbedingt weiter verfolgt werden. Und in diesem Zusammenhang sollte man daran gehen, die mittlerweile 254 Lehrberufe, die es gibt, einfach zu reduzieren. Man sollte übergehen zu Flächenberufen um auch mit der Modularisierung gemeinsam hier bessere Chancen für die Lehrlinge zu finden.

Ein ganz wichtiger Punkt für mich: Solange es noch die Polytechnische Schule gibt, sollte man darauf achten, dass es eine optimale Zusammenarbeit zwischen PtS und Berufsschulen gibt. Ich habe selber in so einer Arbeitsgruppe lange Zeit mitgearbeitet. Es funktioniert nach wie vor nicht. Ich glaube nicht, dass die Vertreterinnen der beiden Schulen genügend miteinander reden um ihre Probleme auszutauschen und Verbesserungen herbeizuführen.

Abschließend freut es mich sehr, dass es heute einen gemeinsamen Resolutionsantrag der Grünen und der ÖVP geben wird zum Thema freier Zugang zum tertiären Bildungsbereich für MeisterInnen. Ich habe das auch schon in einer Wortmeldung bei der letzten Landtagssitzung angeschnitten. Es sollte verhindert werden, dass sich die Lehrlingsausbildung zu einer Sackgasse entwickelt. Der Bundeskanzler war vor kurzem in Niederösterreich, hat darauf hingewiesen dass er daran denkt, eine sogenannte Berufsmatura zu installieren. Sicher ein guter Ansatz, wird aber einige Zeit dauern. Kurzfristiger könnte man andenken, und darauf zielt mein Resolutionsantrag ab, dass, wenn jemand seine Lehre absolviert hat und dann die Meisterprüfung gemacht hat, erfolgreich absolviert hat, diese so aufzuwerten, dass dadurch ein freier Zugang zum tertiären Bildungsbereich entstehen soll.

Daher stelle ich folgenden Antrag. Herr Präsident, ich lese jetzt nur den Antrag vor, nicht die Begründung (*liest:*)

#### „Resolutionsantrag

der Abgeordneten Weiderbauer, Mag. Schneeberger, Dworak, Dr. Petrovic, Adensamer, Dr. Krismer-Huber und Mag. Fasan zum Verhandlungsgegenstand Antrag des Schul-Auusschusses, Ltg. 855/A-1/78, Antrag mit Gesetzentwurf der Abgeordneten Mag. Schneeberger, Dworak u.a. betreffend Änderung des NÖ Pflichtschulgesetzes, betreffend Freier Zugang zum tertiären Bildungsbereich für MeisterInnen.

Die duale Lehrlingsausbildung wird von vielen zu Recht als Sackgasse empfunden. Der Zugang zur weiterführenden Bildung wird nach einem Lehrabschluss nur mühsam erworben.

Wie Bundeskanzler Alfred Gusenbauer auf seinem Niederösterreich-Tag am 15. Mai 2007 angekündigt hat, soll die geplante Berufsmatura mehr Chancen für Lehrlinge bringen. Die Pläne für eine sogenannte ‚Berufsmatura‘ seien bereits weit fortgeschritten, führte der Bundeskanzler aus. Dabei gehe es darum, dass sich Lehrlinge, die sich im Rahmen der Berufsschule leicht tun würden, jenes Angebot an Stunden in den Kernfächern Englisch, Deutsch und Mathematik zusätzlich machen sollen, das im Unterschied zum Gymnasium fehlt. Das Ziel sei, dass es gleichzeitig mit dem Lehrabschluss die Matura in diesen drei Fächern gibt und so ein voller Zugang zu den Universitäten und Fachhochschulen möglich ist. Mit einem solchen ‚direkten Weg‘ an die Universitäten für Menschen mit Fachausbildung sieht der Bundeskanzler gute Chancen.

Diese generelle Aufwertung des Lehrabschluss bedarf aber noch umfassender Vorbereitungen und wird realistisch erst mittelfristig umgesetzt werden.

Derzeit haben aber selbst AbsolventInnen einer Meisterprüfung keinen Zugang zum tertiären Bildungsbereich. Der freie Zugang zu diesem Bereich für MeisterInnen wäre eine Aufwertung der Meisterprüfung und damit auch des dualen Ausbildungssystems. Im Unterschied zur allgemeinen Lehrlingsmatura ist diese Maßnahme auch kurzfristig ohne weiteres umsetzbar.

In Niederösterreich absolvieren pro Jahr rund 1500 Menschen eine derartige Prüfung. Wollen diese Menschen ein Studium absolvieren, erwartet sie eine weitere Hürde. Berufsreifeprüfung, Studienberechtigungsprüfung oder Matura sind die Voraussetzung für den Zugang zur Universität. Diese Hürde sollte für MeisterInnen entfernt werden. Wer eine Meisterprüfung positiv abgeschlossen hat, sollte – ähnlich wie in einigen deutschen Bundesländern - selbstverständlich ohne neuerliche Prüfungen ein Universitätsstudium absolvieren können.

Die Gefertigten stellen daher gem. § 60 LGO folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, damit alle erforderlichen Maßnahmen getroffen werden, um für AbsolventInnen einer Meisterprüfung den freien Zugang zum tertiären Bildungsbereich zu schaffen."

Wie ich gehört habe, gibt es einen weiteren Resolutionsantrag der ÖVP zur Senkung der Klassenschülerinnenhöchstzahl im ASO-Bereich. Dem werden wir gerne zustimmen. Danke schön! *(Beifall bei den Grünen.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zu Wort gelangt Herr Abgeordneter Dworak.

**Abg. Dworak (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Werte Regierungsmitglieder!

Dem Ausbildungssystem der Lehre wird in unserer Gesellschaft immer noch nicht der gebührende Stellenwert eingeräumt den es eigentlich verdient. Und ich denke mir, dabei hängt gerade der Wohlstand unserer Gesellschaft und die Zukunftsperspektiven für unsere Jugend in sehr hohem Maße davon ab, wie sich dieser

Wirtschaftsstandort Österreich, aber speziell auch Wirtschaftsstandort Niederösterreich im internationalen Wettbewerb erfolgreich behaupten wird können.

Dabei sind unsere 19 Landesberufsschulen, in denen pro Jahr rund 19.000 Schülerinnen und Schüler ausgebildet werden, ein sehr wichtiger Faktor und bilden dafür eine hervorragende Basis. Gerade jungen Menschen wird durch eine gute und zukunftsorientierte Ausbildung auch ein guter Start ins Berufsleben damit ermöglicht. Schon per Landtagsbeschluss aus dem Jahr 1999 wurde für die NÖ Berufsschulen ein Aufbau- und Investitionsprogramm in der Höhe von 55 Millionen Euro gestartet. Zusätzlich wurden 4 Millionen Euro in die technische Ausstattung unserer Berufsschulen investiert.

Ein weiterer wichtiger Schritt in diesem Ausbauprogramm stellt die Umsetzung des vom Landtag am 1. Juli 2004 beschlossenen Bauprogrammes 2004 bis 2008 dar mit einem Volumen von 50 Millionen Euro. Und wir können heute feststellen, dass die Qualität der Arbeit in den niederösterreichischen Landesberufsschulen stimmt und ein Garant für eine professionelle und auch den Anforderungen der heutigen Zeit angepasst Ausbildung ist.

Doch neben der Ausstattung und den Investitionsprogrammen steht der heutige Antrag auf Senkung der Klassenschülerhöchstzahlen in den niederösterreichischen Berufsschulen einen wesentlichen und weiteren Meilenstein dar. Eine langjährige Forderung der niederösterreichischen Sozialdemokraten wird nach dem Pflichtschulbereich nunmehr auch im Berufsschulwesen umgesetzt. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Niederösterreich hat hier eine Vorreiterrolle. Und gerade durch das duale Ausbildungssystem der Lehre, wo die Anforderungen an unsere Lehrlinge durch die ständig steigenden und sich veränderten Anforderungen der Berufsbilder notwendig werden und auch der schulische Ausbildungsteil an Bedeutung gewinnt, ist, glaube ich, diese Senkung der Klassenschülerhöchstzahl dringend notwendig.

Auch der viel diskutierte Facharbeitermangel verlangt die Qualität und auch die Attraktivität der Lehre in den Berufsschulen durch eine Senkung der Klassenschülerhöchstzahl anzuheben. Auf Grund des am 25. Jänner 2007 beschlossenen Resolutionsantrages hier im Landtag erstellte die Fachabteilung auf Weisung von Frau Landeshauptmannstellvertreterin Heidemaria Onodi eine Ana-

lyse der Ist-Situation und auch eine Kostenanalyse über die Auswirkung dieser Klassenschülerhöchstzahlensenkung auf 25. Mit dem Ergebnis, dass sich die benötigten Lehrerstunden im Wesentlichen im Rahmen des definitiv genehmigten Stellenplanes befinden sowie auf Grund der prognostizierten Schülerzahlenentwicklung mit einer Verringerung der Zusatzkosten im Bereich der Lehrer gerechnet werden kann. Aber dafür auch keine zusätzlichen Maßnahmen und keine Kosten im Bauwesen bei den Berufsschulen entstehen werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Bildung und Berufschancen sind die wichtigsten Themen für die Zukunft Niederösterreichs. Dabei ist die Facharbeiterausbildung genau so wichtig wie die Ausbildung an unseren Gymnasien, genauso wichtig wie die Ausbildung an den Fachhochschulen und Universitäten, die Ausbildung für die Akademiker. Wir Sozialdemokraten stimmen daher diesem Antrag sehr gerne zu, weil damit eine Forderung von uns endlich auch in den NÖ Berufsschulen umgesetzt wird ... *(Beifall bei der SPÖ, Abg. Moser und Rinke.)*

... und vor allem auch die Facharbeiterausbildung eine neue Qualität und einen neuen Anreiz findet. Den Antrag der Grünen werden wir sehr gerne unterstützen, ebenso den hier noch einzubringenden Antrag der ÖVP. Wobei hier festzuhalten ist, dass wir schon lange gefordert haben, dass die Berufsreifeprüfung hier im Landesdienst anerkannt werden muss. Ich glaube, hierin sind wir uns einig, dass das dringend notwendig ist und wir werden auch gerne den Antrag der Grünen unterstützen. Weil wir glauben, dass es für die Regierung selbstverständlich sein muss, auf Bundesebene diese Forderung auch einzuhalten, die in dem Regierungsprogramm niedergeschrieben steht. Wir treten diesem Antrag gerne bei. Selbstverständlich. Danke! *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Präsident Mag. Freibauer:** Zum Wort gelangt Frau Abgeordnete Adensamer.

**Abg. Adensamer (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Landeshauptmannstellvertreterin! Sehr geehrte Regierungsmitglieder! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen!

Ja, wir beweisen heute wieder einmal, dass Niederösterreich das Bildungsland Nummer 1 ist und Vorreiter für ganz Österreich. Warum können wir das sein? Weil wir uns auf Grund unserer ausgezeichneten Bildungslandschaft immer wieder auch mit Neuem und mit Weiterentwicklung beschäftigen können.

Und der eigenständige Weg für Niederösterreich, dieser eigenständige niederösterreichische Weg, Herr Kollege, ich denke, das ist schon etwas Besonderes, auf das wir stolz sein können. Dass wir uns in dieser Vorreiterrolle befinden. Ich sehe darin nicht unbedingt, salopp gesagt, eine Extrawurst, sondern nur die Bestätigung. Denn nur wenn ich ein gutes Fundament habe, nur dann kann ich auch entsprechend darauf aus- und aufbauen. Ohne dieses Fundament würde nämlich das Gebäude zusammen brechen.

*(Zweiter Präsident Sacher übernimmt den Vorsitz.)*

Und zum Thema Tag der offenen Tür, Herr Kollege Weiderbauer, möchte ich nur sagen, ich habe den Eindruck, Sie haben nicht ganz verstanden worum es geht. Hier geht's jetzt nicht darum, die Schülerinnen und Schüler fürs nächste Schuljahr zu werben – das ist längst abgeschlossen. Da gebe ich Ihnen Recht. Hier geht es schlicht und einfach darum, eine breite Welle in der Öffentlichkeit zu erzeugen, eine breite Imagewerbung, voll hinter unseren Hauptschulen zu stehen an denen Tag für Tag beste und ausgezeichnete Leistung geboten wird von unseren Lehrerkolleginnen und –kollegen. *(Beifall bei der ÖVP und Abg. Weiderbauer.)*

Dieser Tag der offenen Tür soll uns bewusst machen, welche gesellschaftspolitische Aufgabe die Hauptschulen haben. Und in ganz Niederösterreich, auch jenen Menschen, die eben nicht so denken. Wir wollen zeigen, dass wir hinter diesen Schulen stehen. Wir wollen zeigen, dass die Hauptschulen die Drehscheiben der Bildung sind in Niederösterreich. Wir wollen den Leuten bewusst machen, dass bis zu 80 Prozent aller Maturantinnen und Maturanten aus den Hauptschulen kommen. Und ich weiß aus eigener Erfahrung, welch' vorzügliche Arbeit - sowohl als Lehrerin als auch als Mutter -, welch vorzügliche Arbeit an unseren Hauptschulen geleistet wird. Und das ohne Ausnahme! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Diese Vorreiterrolle Niederösterreichs, das Bildungsland Nummer 1 zu sein, das beweist, dass auch Niederösterreich in diesem Fall nicht die Zukunft erwartet, sondern Zukunft aktiv gestaltet. Das ist unser Modell Niederösterreich.

Und so ist eine ganz logische Folgerung heute dieser Gesetzesantrag, nämlich der Herabsetzung der Klassenschülerinnenhöchstzahl an den Berufsschulen. Das führt nämlich auch in diesem Bereich zu einer Verbesserung der Unterrichtsqualität und

auch zu einer nachhaltigen Sicherung des Unterrichtsertrags. Was mich freut, auch als Praktikerin aus einem Lehrberuf, ist, dass in den praktischen Unterrichtsgegenständen eine Herabsetzung der Teilungsziffer von 9 auf 8 erfolgt. Und weiterhin noch die wichtige Ergänzung auch dabei ist, dass eine Schülergruppe nicht mehr als 10 Schüler und Schülerinnen umfassen soll. Denn es ist natürlich, und ein jeder weiß das, der praktisch an Geräten gearbeitet und an Maschinen gearbeitet hat, es ist dadurch natürlich viel einfacher, nachhaltig den Umgang mit diesen hochtechnisierten Geräten zu vermitteln.

Sehr geehrte Damen und Herren! Ich möchte aber auch hervorheben, dass der NÖ Landtag in den letzten 10 Jahren beste Voraussetzungen geschaffen hat dafür, dass an unseren Berufsschulen qualitativ hochwertige Arbeit geleistet werden kann. Wir haben in den letzten 10 Jahren hier in diesem Saal rund 10 Millionen für die Anschaffung von Maschinen und Geräten mit den allerneuesten Technologien am letzten Stand der Technik beschlossen. Und das gleiche gilt für den Ausbau des EDV-Bereichs. Wir haben also die Hardware für eine zukunftsorientierte Ausbildung geschaffen. Und mit dem heutigen Gesetzesbeschluss schaffen wir die Voraussetzung dafür, dass der optimalen, zeitgerechten Förderung der Fähigkeiten und Fertigkeiten unserer Lehrlinge in Niederösterreich, dass dieser Förderung Rechnung getragen werden kann.

Wir schaffen die Voraussetzung dafür, dass noch intensiver auf die individuellen Bedürfnisse, auf die individuellen Fähigkeiten der Berufsschüler und –schülerinnen eingegangen werden kann. Wir schaffen die Voraussetzung dafür, dass Schwächen in Stärken umgewandelt werden können und diese Stärken ausgebaut werden können und stetig gefördert werden können. Wir schaffen damit die Voraussetzung, dass ein zukunftsorientierter Unterricht, eine zukunftsorientierte Ausbildung auf hohem, menschlich zentrierten als auch auf hohem technischen Niveau gestaltet werden kann. Denn uns ist eines außerordentlich wichtig: Es ist uns wichtig, die zukünftigen Fachkräfte im dualen System exzellent auszubilden und damit der erfolgreichen Wirtschaft in Niederösterreich auch in Zukunft die nötigen Fachkräfte zu sichern. Denn Niederösterreich ist Top-Region im Reigen der EU-Region und wird auch weiterhin Top-Region sein! *(Beifall bei der ÖVP.)*

Ein wichtiger Beitrag, sehr geehrte Damen und Herren, ist natürlich auch die Bereitstellung der nötigen Ressourcen, wie ich schon erwähnt habe,

der nötigen Ressourcen für die Ausbauprogramme im Berufsschulbereich. Und auch hier haben wir seit 10 Jahren sage und schreibe 100 Millionen Euro zur Verfügung gestellt. Investiert wurde zum Beispiel in den Neubau des Schulungs- und Bildungszentrums Landesberufsschule Zistersdorf. Dieses ist besonders hervorzuheben, weil es auch im EU-Förderprogramm INTERREG 3A mit 750.000 Euro kofinanziert wurde. Es handelt sich hier um eine Berufsschule für die Ausbildung für effizienten Energieeinsatz, alternative Technologien und erneuerbare Energien.

Weiters ist der Neubau der Werkstätte in der Landesberufsschule Neunkirchen in Arbeit. Der Neubau der Werkstätten und Labors in der Landesberufsschule Mistelbach. Und die Errichtung der neuen Lehrküche in der Landesberufsschule Waldegg. Die Generalsanierung des Wirtschaftstraktes in der Berufsschule Baden, des Wirtschaftstraktes des Schülerheims mit Kosten von eineinhalb Millionen Euro ist bereits durchgeführt worden. Der Neubau der Schule und des Schülerheimes der Landesberufsschule Amstetten mit Kosten von mehr als 21 Millionen Euro ist ebenso geplant. Noch im Juni 2007 wird die Ausschreibung der Planerleistung eingeleitet.

Sehr geehrte Damen und Herren! Diese hervorragende Infrastruktur und das beispielgebende Engagement der Berufsschullehrerinnen und –lehrer, denen ich an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön aussprechen möchte, aber auch die Bereitschaft der Lehrlinge, sich in diesem Beruf nicht nur ausbilden zu lassen, sondern auch ihr Interesse zu zeigen, diese beiden Punkte, die führen zu zahlreichen Siegen und sie gipfeln in zahlreichen Siegen bei Bundeslehrlingswettbewerben, aber auch bei internationalen Wettbewerben, bei Berufsweltmeisterschaften. Niederösterreichs Lehrlinge schneiden dabei immer hervorragend ab!

Die Senkung der Klassenschülerhöchstzahl und der Teilungsziffer ist also ein weiterer Schritt in die richtige Richtung. Damit ist die exzellente Bildung für unsere Berufsschülerinnen und –schüler auch in Zukunft groß geschrieben und unsere florierende Wirtschaft in Niederösterreich kann dann auf hervorragend ausgebildete Fachkräfte zurückgreifen.

Ich darf nun in diesem Zusammenhang als eine der Vertreterinnen des Bildungslandes Nummer 1 Niederösterreich einen Resolutionsantrag an den Bund einbringen. Denn es geht auch darum, dass in den Sonderschulen, die verschiedene Teilungsziffern haben, die Möglichkeit

geboten wird, noch besser und noch individueller orientiert auf die Schüler und Schülerinnen einzugehen. Denn, meine Damen und Herren, es gibt Beispiele, die sehr hervorragend belegen, welche tolle Leistungen Schülerinnen und Schüler mit Lerndefiziten hervorbringen könnten wenn sie nur entsprechend gefördert werden. *(Liest:)*

#### „Resolutionsantrag

der Abgeordneten Adensamer und Cerwenka betreffend Klassenschülerhöchstzahl an Sonderschulen.

Der Landtag von Niederösterreich hat am 25. Jänner 2007 eine Resolution betreffend Planstellen für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf beschlossen.

Im Regierungsprogramm für die XXIII. Gesetzgebungsperiode des Bundes ist im Kapitel Bildung/Wissenschaft unter dem Punkt ‚1. Klassenschüler/innen-Höchstzahl 25‘ als Ziel formuliert: Senkung der Klassenschüler/innen-Höchstzahl auf 25 zur Steigerung der Unterrichtsqualität und des Unterrichtsertrages.

§ 27 Schulorganisationsgesetz legt in der geltenden Fassung die Klassenschülerhöchstzahl in den verschiedenen Arten der Sonderschule fest.

In Anlehnung an die beabsichtigte Senkung der Klassenschüler/innenhöchstzahl für die Volksschulen, die Hauptschulen und die Polytechnischen Schulen erscheint es daher nahe liegend auch die Klassenschüler/innenhöchstzahl für Sonderschulen analog herabzusetzen.

Gerade im Bereich der Sonderpädagogik ist eine Steigerung der Unterrichtsqualität und des Unterrichtsertrages auch durch kleinere Gruppen unumgänglich.

Im Regierungsprogramm der Bundesregierung für die XXIII. Gesetzgebungsperiode des Bundes ist lediglich die Zahl 25 als Richtwert angeführt. Im Hinblick auf die besondere Notwendigkeit der Förderung von Schüler/innen an Sonderschulen erscheint auch in diesem Bereich eine Herabsetzung der Klassenschülerhöchstzahl erforderlich.

Daher ist es auch unumgänglich, dass seitens des Bundes die dafür erforderlichen Planstellen zur Verfügung gestellt werden.

In Ergänzung des Antrages vom 25. Jänner 2007 stellen die Gefertigten daher den Antrag:

Die Landesregierung wird aufgefordert, im Sinne der Antragsbegründung beim Bund darauf zu drängen, dass eine Senkung der Klassenschüler/innenhöchstzahl auch in Sonderschulklassen erfolgt.“

Ich möchte aber auch erwähnen, dass ich mich über den Antrag der Grünen betreffend freien Zugang zum tertiären Bildungsbereich für Meisterinnen sehr freue und deshalb mich diesem Antrag angeschlossen habe.

Ja, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Das ist das erfolgreiche Modell Niederösterreich! Weiter vorne zu sein wenn es um die Chancen unseres Landes geht und näher dran zu sein wenn es um die Menschen und ihre Schicksale geht. Ich möchte an dieser Stelle auch Herrn Landeshauptmann Dr. Erwin Pröll sehr herzlich danken. Und ich halte es aus diesem Grunde auch für sehr, sehr wichtig, dem Bund unser Anliegen ans Herz zu legen. Dass er diese Vorreiterrolle, die Niederösterreich hat, übernimmt und auch auf Bundesebene weiter durchführt. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Damit ist die Rednerliste zu diesem Tagesordnungspunkt erschöpft. Wünscht der Berichterstatter ein Schlusswort?

**Berichterstatter Abg. Dipl.Ing. Eigner (ÖVP):** Ich verzichte!

**Zweiter Präsident Sacher:** Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Wortlaut des Gesetzes sowie über den Antrag des Schul-Ausschusses, Ltg. 855/A-1/78:)* Ich stelle einstimmige Annahme dieses Antrages durch den Landtag von Niederösterreich fest.

Es wurden hierzu zwei Resolutionsanträge eingebracht. Der Resolutionsantrag der Abgeordneten Weiderbauer, Mag. Schneeberger, Dr. Petrovic, Adensamer, Dr. Krismer-Huber und Mag. Fasan, wobei der Redner der SPÖ, Abgeordneter Dworak ersucht hat, dass die SPÖ diesem Antrag beitreten könne. Gibt es dagegen einen Einwand? Das ist nicht der Fall. Somit handelt es sich um einen Antrag, ich sage die Erstgenannten: Weiderbauer, Schneeberger und Cerwenka und über den lasse ich nun abstimmen betreffend freier Zugang zum tertiären Bildungsbereich für Meisterinnen. *(Nach Abstimmung:)* Ich stelle ebenfalls einstimmige Annahme fest.

Der nächste Resolutionsantrag der Abgeordneten Adensamer und Cerwenka betreffend Klassen-

schülerhöchstzahlen an Sonderschulen kommt nun zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung:)* Ebenfalls einstimmige Annahme.

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Dr. Prober, die Verhandlungen zu Ltg. 869/S-5/40 einzuleiten.

**Berichterstatter Abg. Dr. Prober (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geschätzten Damen und Herren! Hohes Haus! Ich berichte zum Universitäts- und Forschungszentrum Tulln, Vorlage an den NÖ Landtag.

Am 7. Dezember 2005 hat der Landtag von Niederösterreich einstimmig die notwendigen vertraglichen Vereinbarungen bezüglich Planung, Errichtung und Betrieb eines Universitäts- und Forschungszentrums Tulln beschlossen. Infolge interner Diskussionen an der BOKU musste die Unterzeichnung der beschlossenen Vertragswerke mehrmals einer Fristverlängerung zugeführt werden. Die letzte wurde bis 15. Mai 2007 vereinbart. Es sind daher die Änderungen im Rahmenvertrag und weiters der Zusatzvereinbarung mit der Stadt Tulln umgehend einer Beschlussfassung zuzuführen. Diese betreffen im Wesentlichen die Reduktion des Mietanbotes und die Option, weitere 1.500 m<sup>2</sup> zuzüglich der Verkehrsflächen seitens der BOKU anzumieten. Die Investitionssumme beträgt bis zu 56 Millionen Euro exklusive Umsatzsteuer gegenüber ursprünglichen 70 Millionen Euro.

Ich stelle daher den Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses über die Vorlage der Landesregierung betreffend Universitäts- und Forschungszentrum Tulln *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die beiliegenden Vertragswerke (Rahmenvertrag, Anbot auf Abschluss eines Mietvertrages und drei Zusatzvereinbarungen) bezüglich Planung, Errichtung und Betrieb eines ‚Universitäts- und Forschungszentrums Tulln‘ (UFT) werden genehmigt.
2. Die seitens des Landes notwendige Investitionssumme in der Höhe von bis zu € 44,980.000,- netto (anstatt bisher € 56,730.000,-) wird genehmigt.
3. Die NÖ Landesregierung wird ermächtigt, die zur Durchführung dieses Beschlusses erforderlichen Maßnahmen zu treffen.“

Ich ersuche den Herrn Präsidenten, die Debatte einzuleiten und die Abstimmung vorzunehmen.

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich danke für die Berichterstattung und eröffne die Debatte und erteile als erstem Redner Herrn Kollegen Cerwenka das Wort.

**Abg. Cerwenka (SPÖ):** Herr Präsident! Hoher Landtag!

Eine Thematik die ein bisschen anders ist als wir das aus den letzten Monaten gewöhnt sind. Normal war es Usus, dass wir in vielen Bereichen nachbessern mussten was die Beiträge des Landes betrifft und es eher um Erhöhungen gegangen ist. Bei diesem Antrag geht's in Summe eigentlich um 12 Millionen Euro weniger für das Land, weil die Universität für Bodenkultur ein bisschen den Retourgang einlegen musste und in diesem Zusammenhang mehrmals um Fristerstreckung oder Fristverlängerung ersucht hat bezüglich der Vertragsunterzeichnung. Und so stehen wir jetzt bei einem Jahr Zeitverlust und es ist mit Ende August 2011 mit der Fertigstellung zu rechnen.

Ich habe mir die beiden Verträge angesehen. Und was hat sich verändert? Im neuen Vertrag ist nicht mehr explizit Forschung und Lehre angeführt, sondern es ist die Rede von Geschäftsbereichen. Was damals 2005 noch nicht geklärt war, ist jetzt geklärt. Es wird kein UVP notwendig sein. Der Lenkungs-Ausschuss wird aufgelöst und in Zukunft werden die Entscheidungen nur mehr vom UFT-Beirat getroffen werden. Der Gesamtkomplex wird um zirka 5.000 m<sup>2</sup> weniger umfassen. Und statt dem ursprünglich vorgesehenen Hörsaalkomplex wird es jetzt Seminar- und Besprechungsräume geben mit einer um 100 m<sup>2</sup> reduzierten Verkehrsfläche.

Dann war auch deutlich darin zu lesen, dass die BOKU keine Stellplatzmiete für die Tiefgarage in Zukunft zu bezahlen hat, was 1.350 Euro monatlich betragen hat. Aber auf der anderen Seite steckt eine Option drinnen bis 15. Dezember dieses Jahres, dass die BOKU doch noch ihre Flächen um 1.500 m<sup>2</sup> aufstocken kann bzw. zusätzlich anmieten. Für uns in der Region, im Bezirk und natürlich auch für die Stadt ein wichtiges Leitprojekt als Biotechnologiestandort. Denn man braucht sich ja nur die geografische Lage des Tullnerfelds anzuschauen und die starke Dominierung für der Agrarbereiche. Damit weiß man für die Zukunft, dass hier die Möglichkeit besteht, nachwachsende Rohstoffe einer sinnvollen Verwertung zuzuführen,

diese Ressourcen für die Zukunft zu nützen. Erst kürzlich haben wir wieder eine Diskussion geführt womit in Zukunft mit Verkehrszunahme zu rechnen ist und dass gerade im Bereich der Automobilindustrie hier heute Maßstäbe, ob das jetzt Hybridfahrzeuge sind oder andere Alternativmöglichkeiten, die Zukunft bedeuten werden.

Und ich glaube, wir sind im Bereich Tulln sehr gut aufgestellt mit der Fachhochschule, dem interuniversitären Forschungsinstitut für Agrarbiotechnologie, Technopol, die Bio-Ethanolanlage, die jetzt gerade in Pischelsdorf entsteht. Und ich komme von einer Veranstaltung in Pischelsdorf wo wir gerade einen Spatenstich durchgeführt haben für einen Logistikbetrieb, der sich in diesem Bereich hineingesetzt hat und hier für die Zukunft einiges bewegen kann. Auch die landwirtschaftliche Fachschule in Tulln ist, gerade was nachwachsende Rohstoffe betrifft, mit der Ausbildung für die jungen Menschen als Energiewirt richtungsweisend. Wenn das Ganze jetzt auch ein bisschen reduziert ist, es ist dennoch zukunftsorientiert. Es ist wichtig für die Region, es ist wichtig für unser Bundesland Niederösterreich. Wir stimmen daher selbstverständlich gerne diesen geänderten Rahmenbedingungen zu. *(Beifall bei der SPÖ.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Mag. Riedl das Wort.

**Abg. Mag. Riedl (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Auch unsere Fraktion wird mit Freude dieser Vorlage zustimmen. Das Universitäts- und Forschungszentrum Tulln ist eine tolle Angelegenheit für die Stadt, für die Region und für unsere Jugend und letztendlich damit für die Entwicklung unseres Landes.

Die Bildungsinitiativen der NÖ Volkspartei, meine Damen und Herren, die zeigen – und wenn Sie die heutigen Tageszeitungen lesen – natürlich beachtlich Wirkung. Ich denke, wenn der Osten laut offizieller Überschrift der Wirtschaftsentwicklung nachhinkt, dann ist, wenn man nicht nur die Überschrift liest, sondern dahinter das Zahlenwerk sieht, Niederösterreich an vorderster Stelle mit einem Wirtschaftswachstum von 3,8 Prozent. Und unter Osten ist heute nur mehr Wien und das Burgenland gemeint. Daher also Grundlagen die geschaffen werden für eine tolle Landesentwicklung. Und ich denke auch, dass wirtschafts- und praxisorientierte Wissenschaft das Maß der Dinge ist für eine relativ rasche und entsprechend erkennbare, rasch erkennbare wirtschaftliche Ent-

wicklung. Dafür, meine Damen und Herren, freuen wir uns über 56 Millionen Euro Investition in unserer Region. Wir freuen uns über 250 tolle wissenschaftliche Arbeitsplätze in der Bezirkshauptstadt. Und wir erwarten und dürfen daraus auch erwarten eine Reihe hochwertigster wissenschaftlicher, aber auch praxisorientierter hochwertiger Arbeitsplätze in der Region. Dafür wollen wir heute mit Freude auch die Zustimmung geben. *(Beifall bei der ÖVP.)*

**Zweiter Präsident Sacher:** Damit ist die Rednerliste erledigt. Wird ein Schlusswort gewünscht?

**Berichterstatter Abg. Dr. Prober (ÖVP):** Ich verzichte!

**Zweiter Präsident Sacher:** Wird nicht gewünscht. Wir kommen zur Abstimmung. *(Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 869/S-5/40:)* Auch bei den wandernden Abgeordneten war die Hand in der Höhe. Ich gehe somit von Einstimmigkeit aus. Einstimmig angenommen.

Ich ersuche nun Herrn Abgeordneten Ing. Gratzner, die Verhandlungen zu Ltg. 878/H-11/28 einzuleiten und bitte um die Berichterstattung.

**Berichterstatter Abg. Ing. Gratzner (SPÖ):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag! Ich berichte zu Ltg. 878/H-11/28 betreffend den Umbau des Landeskrankenhauses Mostviertel Scheibbs und Sanierung desselben.

Wir haben das im Wirtschafts- und Finanz-Ausschuss eingehend beraten und auch bereits einstimmig erledigt. Ich beschränke mich daher auf das Vorbringen des Antrages des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, in dem ohnehin inhaltlich alles drinnen ist.

Über die Vorlage der Landesregierung betreffend Landeskrankenheim Mostviertel Scheibbs, Sanierung - Behandlungstrakt, Zu- und Umbau, Projekterweiterung. *(liest:)*

„Der Hohe Landtag wolle beschließen:

1. Die Projekterweiterung in der Höhe von € 34.100.000,-, die Valorisierung der ursprünglichen Gesamtherstellungskosten um € 722.000,- auf € 8.300.000,- und die sich daraus ergebenden Gesamtherstellungskosten in der Höhe von € 42.400.000,- ohne Ust (Preisbasis 1. Jänner 2007) für das Investitionsvorhaben „Landeskrankenheim Mostviertel Scheibbs, Sanierung – Behandlungstrakt, Zu- und Um-

bau, Projekterweiterung' werden grundsätzlich genehmigt.

2. Aufgrund der Gesamtherstellungskosten von € 42.400.000,- ohne Ust (Preisbasis 1. Jänner 2007) errechnen sich auf Grundlage der derzeit geltenden Konditionen und der letzten Ausschreibungsgrundlagen folgende vorläufige jährliche Leasingraten:

- □ Immobilien, Laufzeit 14,75 Jahre € 2.962.859,80 ohne Ust
- Mobilien, Laufzeit 7 Jahre € 1.157.179,51 ohne Ust

Die für das Landesbudget aus der Projektrealisierung erwachsenden endgültigen Belastungen können erst nach Vorliegen der Endabrechnung ermittelt werden und sind demzufolge auch abhängig von erfolgten Valorisierungen und Zinsentwicklungen bis Baufertigstellung, wobei in dieser Berechnung Bauzinsen nicht enthalten sind.

Die genaue Projektbeschreibung des Investitionsvorhabens ist der Technischen Beilage (Beilage A) zu entnehmen.“

Sehr geehrter Herr Präsident! Ich ersuche um Durchführung der Debatte und um Abstimmung.

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich danke für die Berichterstattung. Zu Wort gemeldet ist Frau Abgeordnete Dr. Krismer-Huber, ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Krismer-Huber (Grüne):** Sehr geehrter Herr Präsident! Werte Kolleginnen und Kollegen!

Mit dieser Vorlage geht der Ausbau, Umbau und die Qualitätsoffensive im Gesundheitswesen Niederösterreichs weiter und dem werden wir natürlich auch als Grüne sehr gerne die Zustimmung erteilen.

Lassen Sie mich aber einen kurzen Lagebericht zum Gesundheitswesen geben. Sie werden sicher auch schon beobachtet haben, dass die Privatisierungstendenzen im Gesundheitswesen fortschreiten und auch nicht vor Niederösterreich halten. Es war ja vor einigen Tagen auch diese Veranstaltung in Krems, wo ja Landesrätin Kadenbach und Landesrat Sobotka auch im „Format“ abgebildet waren und in so einem kurzen Zitat dann gemeint war, ich weiß jetzt nicht mehr von wem das Zitat ist, zumindest ist diese Veranstaltung insofern dienlich dass man ein bisschen mehr sensibilisiert ist was dieses Thema betrifft.

Sie wissen, dass der Druck auch auf Niederösterreich steigen wird, innerhalb der Wirtschaftskammer ist dieser Bereich mittlerweile mit Julian Hadschieff mehr als gut aufgestellt würde ich meinen. Und auch die Versäumnisse im Bund der vergangenen Jahre haben ja Ärztinnen und Ärzte mit ihren Betriebsgesellschaften geradezu in die Wirtschaftskammer hineingetrieben. Das heißt, die Wirtschaftskammer hat hier sehr, sehr viel mittlerweile im Gesundheitswesen mitzureden. Nicht zuletzt haben wir jetzt auch in Baden bei der Versicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft ein PPP-Modell. Das heißt, Private glauben, dass sie die Weisheit sozusagen mit dem Löffel gefressen haben und die Betriebszahlen so machen, dass sie erstens möglichst in ihre eigene Tasche hinein wirtschaften, das den anderen, den Steuerzahlerinnen, herausziehen. (*Abg. Moser: Das ist eine Diskriminierung aller PPP-Modelle! Sie haben die PPP-Modelle so leichtfertig hingestellt!*)

Weil der Herr Kollege Moser etwas unruhig wird, um etwas klarzustellen: Es geht hier nicht darum, ob man jetzt für oder gegen eine Privatisierung ist. Wir haben in der Tat das große Problem, dass wir, in welcher Qualität die Privatisierung auch erfolgt, sei es in der sanftesten Form eines Managementvertrages bis hin zu Eigentumsfragen. Es immer in diesem einen konkreten Fall ganz genau abgewogen werden muss, ob das zweckmäßig, sparsam, wirtschaftlich für die öffentliche Hand ist oder eben nicht.

Irgendwie sonderbar ist doch, was rund um das Steinfeldklinikum passiert ist. Also ich glaub nicht, dass das alle verstanden haben wenn so ziemlich zur gleichen Zeit die Regierungsmitglieder auf die öffentliche Bühne kommen und signalisieren, mit 1. Jänner 2008 werden die Häuser übernommen, und zur gleichen Zeit ein Privatbetreiber in diese Häuser hineingenommen wurde.

Das wäre, da könnte man noch sagen, die Häuser, wird jetzt die ÖVP vermutlich argumentieren, auf Landesebene sind so derart marod, bevor wir die übernehmen wollen wir da ein bisschen Betriebszahlen kennen, wollen eine genaue Analyse haben wie das dann weiter geht. Was mich aber am meisten stört ist, dass sich im Land hartnäckig das Gerücht hält, dass im Ausschreibungsverfahren die Möglichkeit besteht, dass dieser Privatbetreiber des Steinfeldklinikums in hohem Maße an unserer Landesklinikenholding beteiligt sein wird. Das ist sowas wie die Privatisierung mit einem Trojanischen Pferd. Und Sie wissen, dass nach Vergabeverfahren es mir als Nichtbewerberin trotz meiner Status als Abgeordnete nicht möglich ist, detaillierte Ausschreibunterlagen zu bekommen und ich daher das nicht bis zum

Ende verifizieren oder falsifizieren kann. Aber das steht hartnäckig, wenn man mit Menschen im Gesundheitswesen spricht, steht das.

Dieses Szenario ist aber eines, dem man als Landtag auf jeden Fall eine Absage erteilen muss. Wenn wir so etwas in Niederösterreich haben wollen, dann brauchen wir eine breite öffentliche Debatte, ein genaues Abwägen. Denn ansonsten könnten wir, wenn wir so eine Holding mit einem privaten Betreiber ..., auch dort landen was sie unter [www.kliniksterben.de](http://www.kliniksterben.de) sehen können wo der Weg hinführt wenn man das eben nicht gut macht. Ich weiß, dass wir in Niederösterreich große Vorhaben gut abwickeln können. Ich glaube, dass unsere Projekte, ich sage jetzt nur Klosterneuburg, ich sag' Tulln, was wir soeben wieder beschlossen haben, auch zeigt, dass man Dinge sehr seriös und gut abwickeln kann.

Ich möchte da jetzt, vielleicht ist es auch den Teufel an die Wand malen, vielleicht lässt sich das ganz schnell aufklären. Aber ich habe bis jetzt landauf, landab niemanden gefunden der mir dezidiert sagen kann, dass diese Variante nicht möglich ist. (*Abg. Mag. Schneeberger: Frag mich, Mad!!*)

Ich bin nicht Ihr „Mad!“ Herr Klubobmann Schneeberger. Abgeordnete Krismer für Sie.

Und so bringe ich jetzt einen Resolutionsantrag ein (*liest:*)

#### „Resolutionsantrag

der Abgeordneten Dr. Krismer-Huber, Dr. Petrovic, Mag. Fasan und Weiderbauer zum Verhandlungsgegenstand Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 878/H-11/28, Vorlage der Landesregierung betreffend Landesklinikum Mostviertel Scheibbs, Sanierung – Behandlungstrakt, Zu- und Umbau, Projekterweiterung, betreffend Absage einer Privatisierung der Landekliniken-Holding via Trojanisches Pferd durch die Übernahme des Steinfeldklinikums mit 1.1.2008.

Noch vor der Übernahme des Steinfeldklinikums – das sind die Krankenhäuser Wiener Neustadt und Neunkirchen unter einem Dach – laut der Landesregierung mit 1.1.2008 durch das Land wurde PPP-Modell (Private-Public-Partnership) in diesem Klinikum umgesetzt. Das heißt, dass eine Form der Privatisierung in diesen Häusern besteht. Dem Landtag sind die detaillierten Ausschreibungsunterlagen nicht zugänglich, lediglich BewerberInnen waren diese vorbehalten gewesen.

Aus gegebenen Anlass besteht die Möglichkeit, dass mit der Übernahme der Krankenhäuser durch das Land NÖ mit 2008, die privaten Betreiber wie ein Trojanisches Pferd in die Landeskliniken-Holding eingeschleust werden und als Private Partner der gesamten Landeskliniken-Holding in Erscheinung treten.

Eine solche Vorgehensweise der verantwortlichen Regierungsmitglieder ist seitens des Landtages als Kontrollgremium abzulehnen. Für größere Veränderungen der Landeskliniken-Holding – immerhin einer der größten Arbeitgeber im Land - braucht es eine ausführliche öffentliche Auseinandersetzung. Nur so kann ein Für oder Wider abgewogen werden bzw. das Ausmaß einer Privatbeteiligung beurteilt werden. Und nicht zuletzt haben die NiederösterreicherInnen ein Recht auf Mitsprache und auf eine breite öffentliche Diskussion - denn es sind ihre Spitäler.

Angesichts des steigenden Druckes seitens der Wirtschaftskammer und anderen LobbyistInnen auf dem Gebiet Privatisierung im Gesundheitswesen braucht es in Niederösterreich höchste Transparenz seitens der Landesregierung.

Um diese drohende Variante einer verschleierte Privatisierung in Niederösterreich zu unterbinden, fordert der Landtag von der Landesregierung eine Offenlegung der Vorhaben in der Landeskliniken-Holding.

Die Gefertigten stellen daher gem. § 60 LGO folgenden Antrag:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Landesregierung wird aufgefordert, dem Landtag über die Auswirkungen auf die Landeskliniken-Holding durch das bestehende PPP-Modell im Steinfeldklinikum zu berichten und sicherzustellen, dass die Stellung des Landes Niederösterreich als 100% öffentlicher Rechtsträger und Betreiber der (Fonds)Krankenanstalten weiterhin garantiert bleibt.“

Alle anderen Änderungen halte ich aus Sicht des Gremiums Landtag für unzumutbar für die Bürgerinnen und Bürger des Landes. (*Beifall bei den Grünen.*)

**Zweiter Präsident Sacher:** Mir liegt eine weitere Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Mag. Heuras vor. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Mag. Heuras (ÖVP):** Sehr geehrter Herr Präsident! Hoher Landtag!

Nur ganz kurz aus Sicht der ÖVP zu dem soeben eingebrachten Resolutionsantrag der Grünen. Frau Kollegin Krismer-Huber, ganz offen gesagt, das entbehrt jeder Grundlage. Es gibt dieses Trojanische Pferd nicht. Und vielleicht zur Klärung: Es ist schon ein bisschen bemerkenswert und ein bisschen verwunderlich. Im Jänner oder Februar des Jahres 2006 gab es in Neunkirchen eine Gemeinderatssitzung mit diesem Tagesordnungspunkt. Und nachdem dort signalisiert wurde ... (*Abg. Weninger: Das gehört nicht zu Scheibbs!*)

Da hast Recht, gehört außerdem alles nicht zu Scheibbs, hat auch mit dem Tagesordnungspunkt nichts zu tun. Ich gebe nur Antwort auf die Resolution. Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt, weil ÖVP und Grüne damals signalisiert haben, es gibt keine Zustimmung. Die Zweidrittelmehrheit wäre aber notwendig gewesen. Daher hat die Frau Bürgermeister diesen Tagesordnungspunkt abgesetzt. Und daher gibt's bis dato kein Steinfeldklinikum, es gibt kein Betreibermodell, es gibt auch kein PPP-Modell irgendwelcher Art. Und daher entbehrt das, was hier gesagt wurde, wirklich jeder Grundlage.

Und was mich ein bisschen verwundert, Herr Kollege Fasan, du stehst selber auf diesem Resolutionsantrag drauf. Du sitzt im Gemeinderat Neunkirchen. Das heißt, du weißt selber wie die Situation dort ausschaut. Und das Zweite, Herr Kollege Fasan, die Anfrage hier im Landtag ist auch der falsche Ort. Diese Anfrage gehört in den Gemeinderat Neunkirchen. Wir haben damit ja gar nichts zu tun, weil das alles jeder Grundlage entbehrt. Und daher können wir diesem Resolutionsantrag natürlich nicht die Zustimmung geben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

**Zweiter Präsident Sacher:** Es liegt die Wortmeldung des Herrn Abgeordneten Fasan vor.

**Abg. Mag. Fasan (Grüne):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es tut mir außerordentlich leid, dass ich die Sitzung in die Länge ziehen muss. (*Unruhe bei der ÖVP.*) Umso besser, also Ihre Proteste in Ehren, selbstverständlich. Reden wir ein bisschen darüber, nehmen wir uns ein bisschen Zeit. Nein! Spaß beiseite. Es ist etwas ganz anderes. Es liegt ein Missverständnis vor, Kollege Heuras. Es ist das seinerzeit angestrebte PPP-Modell in Neunkirchen

nicht auf Grund von berechtigten Einwänden ÖVP und Grüne in Neunkirchen nicht zur Anwendung gekommen. Was aber dann gekommen ist und was die Kollegin Krismer völlig unmissverständlich erklärt hat, dass sich die Häuser, die ja auf Grund der nunmehrigen auch Übergabe ans Land gemeinsam eine Betreiberfirma gesucht haben, die jetzt den Betrieb dieser beiden Häuser gemeinsam vollführt. (*Abg. Mag. Schneeberger: Befristet bis zur Übernahme!*)

Das ist schon richtig! Befristet bis zur Übernahme. So ist es. Und jetzt kann man sagen, okay, mag sein, dass das ein Probelauf für die Landesregierung sein kann. (*Abg. Mag. Schneeberger: Kein Probelauf!*)

Das kann schon sein. Wenn es aber so weit kommt, dann hätten wir gern, dass das hier, wenn es kommt, im Landtag beschlossen wird und nicht hinter verschlossenen Türen der niederösterreichischen Kabinettpolitik. Und genau das wollten wir. Nur zur Erklärung. (*Beifall bei den Grünen.*)

**Zweiter Präsident Sacher:** Ich halte fest, das war eine sehr aerodynamische Erweiterung der Tagesordnung, weil wir haben jetzt über die Zu-, Aus- und Sanierungsmaßnahmen in Scheibbs zu debattieren und abzustimmen. Die Rednerliste ist erschöpft. Wünscht der Berichterstatter ein Schlusswort?

**Berichterstatter Abg. Ing. Gratzner (SPÖ):** Ich verzichte!

**Zweiter Präsident Sacher:** Das ist nicht der Fall. (*Nach Abstimmung über den vorliegenden Antrag des Wirtschafts- und Finanz-Ausschusses, Ltg. 878/H-11/28:*) Das ist einstimmig angenommen.

Hoher Landtag! Es wurde von Frau Abgeordneter Dr. Krismer-Huber gemeinsam mit Dr. Petrovic, Mag. Fasan und Weiderbauer ein Resolutionsantrag eingebracht über den soeben debattiert worden ist. Ich kenne soweit die Geschäftsordnung, habe mich aber noch einmal überzeugt: Ich kann keinen unmittelbaren Zusammenhang des eingebrachten Resolutionsantrages mit der Sanierung oder Umgestaltung des Krankenhauses Scheibbs erkennen und lasse daher nicht über ihn abstimmen.

Hoher Landtag! Somit ist die Tagesordnung dieser Sitzung erledigt. Die nächste Sitzung wird im schriftlichen Wege bekannt gegeben. Die Sitzung ist geschlossen. (*Ende der Sitzung um 15.36 Uhr.*)